

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Eine Sympathiekundgebung für die schwedischen Arbeiter veranstalteten am Sonnabend die Leipziger Arbeiter.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Calwer hat seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Der Luftschiffer Dr. v. Wright hat in Berlin einen neuen Flugrekorde geschlagen.

In Waku wurde eine von der russischen Polizei betriebene Bombenfabrik entdeckt.

Leipzig.

Leipzig, den 20. September.

Der Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bildet für die bürgerliche Presse die größte Enttäuschung, die sie seit Jahren erlebt hat. Seit Wochen schon spitzte sie die Ohren und prophezeite mit tödlicher Sicherheit einen krachdurchstobten Kongreß. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ging sie immer gleich aufs Ganze und prophezeite die Spaltung. Aber wie der blinde Seher, dessen Weissagungen jahraus jahrein so prompt dementiert werden, wie die Wetterprognosen des seligen Herrn Falb, schließlich selber den Geschmach an seiner Tätigkeit verliert, so verlor die bürgerliche Presse nach und nach den Geschmach an der Spaltungsprognose, zumal sie sah, daß selbst die heftigen, leidenschaftlichen Debatten des Dresdner Kongresses nicht die geringste Erschütterung an dem Granitbau der Partei hervorzurufen imstande waren. Seitdem getrostete sich des bescheidenen Genusses, jahraus jahrein Standal zu prophezeien und ein zwar langsames aber stetiges Vorrücken des revisionistischen Gedankens zu konstataieren.

Je bitterer nun diesmal die Erwartungen auf Krach enttäuscht wurden, desto fröhlicher erklang die andre Weise von dem „Sieg des Revisionismus in Leipzig“. Besonders das Berliner Tageblatt, das sich zu einer Art freiwilligen Moniteurs des Revisionismus auswählt, benahm sich in einer so kindisch-aufdränglerischen Manier, daß seine Stillübungen von allen Seiten des Parteitagetages mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen wurden. Sie waren gerade gut genug, um am letzten Tage des Kongresses dem Antrage Dittmann zur Unterlage zu dienen, der die Dresdner Resolution mit ihrer scharfen Verwerfung der revisionistischen Bestrebungen erneuerte, und der unter stürmischem Beifall die einstimmige Annahme des Parteitages fand. So endete der Kongreß, der

von der vorlauten liberalen Presse bereits als ein „Sieg des Revisionismus“ gefeiert wurde, den die brave Bostische Zeitung sogar als ein „Angebot“ der Sozialdemokratie an den Freisinn — „Nimm mich mit!“ — bezeichnete, mit der einmütigen Erneuerung der Dresdner Resolution. Betrübtere Lohgerber hat es noch nie gegeben.

Deswegen bleiben die Gegenkräfte in der Partei natürlich doch bestehen, nur sind sie auf dem Leipziger Parteitag, der seiner ganzen Tagesordnung nach mehr ein Kongreß sachlicher Geschäftserledigung war, nicht so scharf zutage getreten. Auch war die politische Situation im Reich, der Kampf gegen die indirekten Steuern, eher geeignet, den großen gewaltigen Strom der Bewegung einheitlich hervortreten zu lassen, als die mannigfachen Unterströmungen in diesem Strom. Bei der Debatte über den parlamentarischen Bericht traten sie an die Oberfläche, aber in einer Form, die mehr zur Trübung als zur Klärung diente. Es zeigte sich hier, wie schwer auch für den deutschen Parteitag eine fruchtbringende Debatte zu führen ist, die nicht vorher in der Presse gründlich vorbereitet worden ist. Die erbittertsten Kontroversen zwischen den Genossen Ledebour und Frank-David galten gewissen Vorgängen und Mehrheitsverhältnissen in der Reichstagsfraktion, das heißt Dingen, die ohne Frage wichtig und interessant sind, die aber nicht den Kern der Sache bildeten. Dadurch kam vielen Delegierten der wesentliche Punkt der ganzen Streitfrage, die Frage der Bewilligung neuer direkter Steuern für Kümmungszwecke durch die Sozialdemokratie, nicht klar zum Bewußtsein. Durch die Annahme des Antrags Geyer ist Aussicht gegeben, daß der nächste Parteitag in Magdeburg sich mit dem Thema Steuerfragen und Sozialdemokratie grundsätzlich beschäftigen wird. Bis dahin hat die Partei Zeit, losgelöst von jedem die Diskussion leicht trübenden Tagesstreit die Frage gründlich zu studieren.

Die andern drei wichtigen Punkte, die dem Parteitag vorlagen, das neue Organisationsstatut, die Maifeier und die Frage der Arbeiterversicherung führten hingegen zu sehr geringen oder gar keinen Kontroversen und ihre Erledigung war entweder einhellig oder doch so gut wie einhellig. Daß diese nahezu einmütige Erledigung auch bei der Frage der Maifeier stattfand, hatte seinen Grund wohl in zwei Momenten. Einmal, weil man es in den weitesten Kreisen der Partei müde geworden ist, über die Maifeier noch länger zu streiten, daß man jeder Einigung, die nur irgendwie Aussicht bot, den Streit auf absehbare Zeit zu beenden, zugestimmen bereit war. Und zweitens, weil in dem dem Parteitag vorliegenden Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission die Arbeiterfrage als die würdigste Form der Maifeier anerkannt wird, und daß diese Feiertage nur am 1. Mai selber stattfinden hat. Das Referat des Genossen Müller war

auffallend kühl, gewissermaßen als Beweis dafür, daß die Maifeier sofort ihren großen Schwung verliert, wenn sie mit der Unterstüßungsfrage verbunden wird.

Besonders wichtig ist der Leipziger Parteitag für die Jugendbewegung geworden. Seit dem Nürnberger Kongreß ist ein gut Stück Arbeit auf diesem Gebiete geleistet und wir haben die Sicherheit, daß die freien Jugendorganisationen immer mehr ein Bestandteil proletarischer Erziehungsarbeit werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist der Beschluß des Parteitages über den Branntweinbofott. Damit ist Panier aufgeschlagen für eine Sache, die vor noch nicht allzu langer Zeit Lächeln und Spot hervorgerufen hatte. In wie entsetzlicher Weise die Branntweinpest besonders im ostelbischen Proletariat wütet, davon geben die Worte eines Redners einen Begriff, der da sagte, es sei schon viel gewonnen, wenn die oberelbischen Arbeiter dahin gebracht würden, täglich nur einen halben Liter Schnaps weniger zu trinken. Jetzt aber, nachdem der deutsche Parteitag sich für den Branntweinbofott ausgesprochen hat, gilt es, mit aller Energie für die Durchführung dieses Beschlusses einzutreten, was dem klassenbewußten Proletarier um so leichter werden wird, als er weiß, daß er mit diesem Bofott seinen Todfeind, das preußische Junkertum, in den Geldbeutel, das heißt, ins Herz trifft.

So hat der Leipziger Kongreß — das ausgedehnte Thema der Arbeiterversicherung werden wir noch besonders behandeln — eine Arbeit geleistet, mit der zufrieden zu sein das deutsche Proletariat allen Anlaß hat. Es ist richtig: besonders feurige und erhebende Momente fehlten ihm. Aber das liegt mehr im Wesen unserer Parteitage und unserer Partei selbst. Die Sozialdemokratie ist kein Zentrum, das seine Kongresse mit leerem Gepränge und Redepomp ausfüllt, und das grundsätzlich auf seinen Parteitag immer nur Dinge behandelt, über die alle einig sind. Bei der Sozialdemokratie ist es genau umgekehrt. Wir reden auf unsern Parteitag — von den Geschäftsberichten und technisch-organisatorischen Angelegenheiten abgesehen — grundsätzlich nur über Dinge, über die wir nicht einig sind, über die wir aber einig werden wollen. Deshalb sind unsere Kongresse immer interessant, wenn auch nicht immer erhebend. Deshalb auch immer in der bürgerlichen Presse früher das Gerüde von der kommenden Spaltung, jetzt vom kommenden Standal. In diesem verschiedenartigen Charakter unserer Parteitage von dem der Zentrumspartei — die übrigen bürgerlichen Parteien kommen überhaupt nicht in Frage, da sie öffentliche Parteitage nicht kennen — kommt der besondere Parteicharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck, die rastlos an sich selber arbeitet, und die mit Recht von sich sagen kann, daß sich auf jedem ihrer Parteitage an ihr das Wunder der Wiedergeburt vollzieht.

Arbeiter, gedenkt des schwedischen Generalstreiks!

Seuilleton.

Fühne.

Von Maria Andersen-Nesb.

Erster Teil. Kindheit.

I.

Seltam ist es, daß ich keinen Teil meines Lebens am besten in der Erinnerung habe, der in meinem Gedächtnisse am weitesten zurückliegt. Das kommt wohl daher, daß die ersten Eindrücke die schärfsten sind. Und viele dieser Eindrücke stehen noch ganz so vor mir, wie ich sie empfang.

Mein Vater war ein hochgestellter Beamter und hatte daher nicht viel Beschäftigung. Er war in keinem wesentlichen Punkte verschieden von jenen Männern der Bourgeoisie, die man heute Salonradikale nennt und die die radikalsten Ideen dazu benutzen, um mit ihnen in Damengesellschaft geistreich zu sein. Wie diese war er durch Traditionen, gesellschaftliche Stellung und persönliche Wahl so selbstverständlich stoffkonservativ, daß er mit den neuen Ideen spielen konnte, ohne fürchten zu müssen, sie würden Feuer fangen.

Er nahm natürlich nicht den geringsten Anteil am politischen Leben, widmete aber den größten Teil seiner Zeit öffentlichen Wohltätigkeitsämtern. Wir waren unge-

wöhnlich gulsituert, da er sich mit meiner Mutter ein Vermögen erbeiratete hatte. Er war ein schöner Mann, brünett und ein wenig unterseht. Mutter dagegen war schwächlich und von blasser Gesichtsfarbe. Ich entsinne mich auch, sie mit dunklen Schatten unter den Augen gesehen zu haben. Ich weiß nicht, ob sie sich je geliebt haben; nach Bildern und meiner eigenen Erinnerung zu schließen, war Mutter eine reiner Frauen, die kein blendendes Neußere und daher auch keine glänzende Zukunft haben. Ich glaube, es war ein Kompromiß zwischen Geld und Schönheit.

Vater und Mutter waren außer bei Tische nicht viel beisammen. Doch erinnere ich mich als ganz kleines Kind ihn mit einem Buche kommen gesehen zu haben, um Mutter laut vorzulesen, fast immer zur selben Zeit, wenn das Rindermädchen mich zum Schlafengehen holte. Mitunter begann er vorzulesen, ehe noch das Mädchen gekommen war; ich sah dann auf einem Schemel und laufte Dingen, die ich durchaus nicht verstand und die darum in meinen Ohren den sonderbarsten Klang hatten. Ich erinnere mich noch deutlich an das, was mir damals höchst unbegreiflich vorkam, und einzelne Sätze haben sich in meinem Gedächtnisse festgebissen. Aber diese Erinnerungen sind die am weitesten zurückliegenden; später hörte das Vorlesen auf und von dieser Zeit habe ich wenige Erinnerungen an ein Zusammensein meiner Eltern außer während der Mahlzeiten.

Und bei Tische schwiegen sie zumeist oder sprachen indirekt, indem sie mich als Zwischenglied benützten. In Mutters Stimme war stets ein Hauch von Leiden, der mir unbehaglich war, wenn sie mit dem Vater sprach. Aber sie sah ihn gerade in die Augen. Er dagegen sah sie nicht an, wenn er antwortete. Ich beachtete dies, weil wir einen

Hund hatten, der es nicht ertragen konnte, mit in die Augen zu sehen.

Das Rindermädchen wurde verabschiedet, und ich kam mir an dem Tage ihres Abschiedes entsetzlich wichtig vor. Ich stolzierte — ein fünfjähriger Knirps — im Kinderzimmer auf und ab und meinte nun ein Mann zu sein. Und ich ging, aufgebläht vor Wichtigkeit, in die Küche hinaus und gab in pebeterischem Tone einen Auftrag. Da aber schlugen die Mädchen ein so schallendes Gelächter an und kamen mit solchen Reden, daß ich mit hängenden Ohren wieder hinauswich. Die eine von ihnen hücte sich zu mir herab und fragte: „Wünscht der gnädige Herr trockene Windeln oder will er nur die Nase gepust haben?“

II.

Ich war der Liebe meiner Eltern zu mir nie recht gewiß; sie war von keiner festen, verlässlichen Art. Daher wohl kam jenes Gefühl von Unsicherheit und jene nervöse Unruhe, die ein beständiges Moment in meiner Kindheit ausmachten.

Ich selbst hing am meisten am Vater. Er hatte etwas Floßtes an sich, wenn er sprach, und er sagte so häufig: „Ach Unsinn!“ wenn Mutter mich zurechtwies.

Jetzt weiß ich, daß Mutter diejenige war, die mich am meisten liebte, und daß die Vorliebe, die ich für Vater an den Tag legte, ihr Schmerz und Enttäuschung bereitete und ihrem Verhältnis zu mir den Stempel ausdrückte. Sie war meist sanft gegen mich, aber nicht warm und liebevoll. Im ganzen glaube ich, daß das Betragen meiner Eltern gegen mich zu stark von ihrer momentanen Gemütsstimmung und von dem Auftreten der Gegenpartei beeinflusst wurde. War Mutter zärtlich zu mir, so wurde Vater unfreundlich, und umgekehrt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Sechster Verhandlungstag.

Der erste Teil des Berichtes ist wiederholt, da er nur in einem Teil der Sonnabend-Ausgabe erschien.)

Singer teilt mit, daß ein Zusatzantrag gestellt worden ist, wonach nur die Parteigenossen zum Austritt aufgefordert werden, die innerlich mit den Kirchenlehrern gebrochen haben.

Damp-Essen: Die Annahme des Antrags würde unsere Agitation schwer schädigen. Wir erzielen gerade dadurch unsere Erfolge, daß wir uns gar nicht in Diskussionen mit dem Zentrum über die religiöse Frage einlassen, daß wir streng nach dem Parteiprogramm erklären: Religion ist Privatsache und ausschließlich die wirtschaftlichen und politischen Fragen behandeln. Mit der Annahme des Antrags aber würde unsere Aufklärungsarbeit im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier der ärgste Knüttel zwischen die Fische geworfen. Wer mit der Kirche gebrochen hat, mag ruhig austreten. Ich selbst habe diesen Schritt längst getan, kann aber die Argumente der Parteigenossen, die trotz inneren Bruchs nicht austreten wollen, vollaus würdigen. Lassen wir nun endlich einmal die Religionsfrage in jeder Weise aus den Verhandlungen unseres Parteitages heraus. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Ein Schlußantrag, gegen den Peus spricht, wird mit großer Mehrheit angenommen und der Antrag Breslau mit dem Zusatzantrag mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. (Beifall.)

Wittmann-Sollingen: Begründet den Antrag 202, der die örtlichen Bildungsausschüsse auffordert, alljährlich bis zum 15. Juli dem Zentralbildungsausschuß Bericht zu erstatten. Soll der Bildungsausschuß der Partei eine verpflichtende Tätigkeit entfalten, so muß er in Wahrheit eine Zentrale sein. Ich will hier aber auch zum Ausdruck bringen, daß sich der Bildungsausschuß für seine bisherige Tätigkeit in unerschütterlichem Maße den Dank der Parteigenossen verdient hat. (Bravo!)

Heinrich Schulz-Berlin bittet den Antrag dem Bildungsausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Bildungsausschuß selbst hat sich bereits mit dem Plane selbst beschäftigt. Er möchte auch imstande sein, nicht bloß über die Tätigkeit in den kleineren Orten zu berichten, die sich um Rat und Hilfe an ihn gewandt haben, sondern auch über die Bildungstätigkeit gerade in den größeren Orten.

Der Antrag wird dem Bildungsausschuß überwie sen.

Mehlich-Stettin begründet den Antrag 201, der den Parteivorstand beauftragt, mit der Generalkommission und dem Bildungsausschuß gemeinsam und unter Hinzuziehung weiterer Fachleute über Ausgestaltung und Vereinheitlichung des Arbeiterbildungswesens zu beraten. Die Bildungsarbeit wird erst dann von dauerndem Nutzen sein, wenn wir gute Bibliotheken an allen Orten haben.

Wipinski-Weipzig bittet, den Antrag abzulehnen. Wir können hier nicht Beschlüsse fassen, die die Generalkommission der Gewerkschaften verpflichten, und wir dürfen auch nicht dem Parteivorstand zu viele rein technische Fragen aufgeben, die vielmehr den jeweiligen Anstalten überlassen bleiben müssen.

Ragenstein: Um Wipinski etwas übertriebenen Befürchtungen vorzubeugen, bitte ich den Antrag dem Parteivorstand bzw. dem Bildungsausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt in diesem Sinne.

Der von **Ulm-Zeltow-Beesow** begründete Antrag 200 auf Durchführung der Referate über die Versicherungsge setzgebung wird auf Anregung des Parteisekretärs Müller dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwie sen.

Es folgt Antrag 203.

Dittmann-Sollingen: Das eigenartige Schicksal des Antrags 41 ist der Anlaß zur Einbringung unseres Antrags gewesen. Der Antrag zählt zunächst die Säulen der Liberalen auf und bezeichnet das Zusammengehen mit dieser Sorte Liberalen als eine blutige Verhöhnung der Partei. Der Antrag enthält zweierlei: eine direkte Zurückweisung der Bestrebungen auf Verbürgerlichung der Partei und eine indirekte Festlegung der Partei gegen jedes tatsächliche Zusammengehen mit den Liberalen.

Der Antrag ist am Mittwoch angenommen, am Donnerstag früh aber ließen verschiedene Delegierte durch den Vorsitzenden erklären, daß sie irrtümlicherweise dafür gestimmt hätten und eine nochmalige Abstimmung wünschten. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen und der Antrag 41 wurde im Gegensatz zur

ersten Abstimmung abgelehnt. Diese zweimalige und verschiedentartige Behandlung des Antrags ist nun in einer Weise fruktifiziert worden, die im Interesse der Partei vom Parteitage unabweislich bekräftigt werden muß. (Sehr richtig.) Das Berliner Tageblatt, die Tägliche Rundschau und die Wossische Zeitung feiern die Abstimmung als Sieg des Revisionismus über den Radikalismus. Ich glaube der Zustimmung des Parteitages sicher zu sein, wenn ich sage, daß diese Darstellung der bürgerlichen Blätter eine durchaus falsche ist. (Sehr richtig!) Die Genossen, die die zweite Abstimmung veranlaßt haben, haben mir erklärt, daß sie nicht im entferntesten eine Frontänderung der Partei in ihren grundsätzlichen und allgemeinen taktischen Stellungen zu den bürgerlichen Parteien herbeiführen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen nur die durch Antrag 42 indirekt erfolgte absolute Festlegung der Partei wieder aufheben. Hierin waren sich die sogenannten Revisionisten und die sogenannten Radikalen einig. Das beweist der Umstand, daß der Antrag 41 von einem großen Teil der als radikal bekannten Berliner Delegierten nicht einmal unterzigt worden ist, weil sie es für einen Unsinn halten, die Partei in dieser Weise taktisch festzulegen. (Sehr richtig!) In Essen sind sieben entsprechende Anträge der Reihe nach abgelehnt worden, nachdem Bebel als Referent, und nachdem sowohl Revisionisten als Radikale dagegen gesprochen haben. In St. Gallen hat die Partei einen beratigen Beschluß gefaßt, mußte aber gleich darauf bei dem Wahlen von 1890 dagegen verstoßen. Wenn hier auf dem Parteitage über die Frage diskutiert werden würde, hätte sich wieder gezeigt, daß Radikale und Revisionisten in ihrer Mehrheit über diesen Punkt einer Meinung sind. (Sehr wahr!)

Wie recht ich mit meiner Behauptung habe, geht aus dem Artikel von Mehring in der Parteitage Nummer der Neuen Zeit hervor, worin es in bezug auf den Antrag 41 heißt: Nicht als ob der Antrag dem Freisinn irgendwie zuwider läte und sachlich irgendwie unberechtigt wäre, aber taktisch empfiehlt es sich nicht, daß der Parteitag sich in dieser Weise festlegt. In politischen Dingen sollte man niemals aus noch so berechtigtem Jorn Beschluß fassen, die für eine Zukunft binden, die sich heute noch nicht übersehen läßt. Soweit der Berliner Antrag bei der ersten Abstimmung nicht irrtümlich unterzigt wurde, scheint er mir angenommen worden zu sein, nicht wegen der in ihm enthaltenen Festlegung der Partei, sondern wegen der Zumutung einzelner Reichstagsabgeordneter, gerade jetzt unter allen Umständen Anschluß an den Liberalismus zu suchen. Die nachträgliche Ablehnung entspricht also durchaus dem stets eingenommenen Standpunkt der Parteitage und bedeutet in keiner Weise eine Frontänderung gegenüber Liberalismus und bürgerlichen Parteien. Das soll durch den Antrag 203 klipp und klar festgelegt werden, um dessen einstimmige Annahme ich bitte. (Lebhafte Beifall.) Der entscheidende Teil der Dresdener Resolution lautet: Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und siegreiche, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Weiter heißt es: Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klagengegenstände zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Das ist klar und unabweislich, und durch die Annahme meines Antrags wird das für die gegenwärtige Situation noch einmal unterstrichen, und denen, die von einer Schwächung der Partei reden, wird das Konzept verfochten. Darauf kommt es an. Es ist gesagt worden, mein Antrag spreche selbstverständlich aus und sei daher eigentlich überflüssig. Ich halte es dagegen für sehr notwendig, daß der Parteitag durch Annahme meines Antrags allen Auslegungsmöglichkeiten von vornherein die Spitze abträgt. (Sehr wahr!) Besser, wir reden jetzt kurz darüber, statt ein Jahr lang uns in der Presse damit herumzuschlagen zu müssen. (Zustimmung.) Sollte trotz alledem versucht werden, die Ablehnung des Antrags 41 für eine Anlehnung der Partei an den Liberalismus zu fruktifizieren, so kann man einfach unter Hinweis auf den jetzigen Beschluß zur Tagesordnung übergehen. Bekunden Sie durch Annahme meines Antrags, daß es sich bei Ablehnung des Antrags 41 lediglich um Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes handelt, daß der Parteitag aber nicht gewillt ist, um Haarsbreite von dem Boden des Dresdener Beschlusses abzuweichen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer-München: Der Parteitag ist wohl mit mir einverstanden, wenn ich sage, daß wir die Diskussion des Parteitages nicht bestimmen lassen von der bürgerlichen Presse. Es ist heute wirklich nicht mehr die Zeit, uns über den Wert der Dresdener Resolution und mit den Ausführungen des Vorredners eingehend zu beschäftigen. Darum erkläre ich im Auftrage von einer großen Anzahl Delegierter das folgende: Die Ablehnung der Resolution 41 ist von unserer Seite aus den Gründen erfolgt, die auch die überwiegende Mehrheit des Parteitages in Essen bestimmt haben, jede Festlegung für die künftige Wahltaktik abzulehnen. Wir halten deswegen den Antrag Dittmann für durchaus überflüssig, da durch die Ablehnung des Antrags 41 die Dresdener Resolution in gar keiner Weise berührt wurde. So wenig wir unsferseits jenen Erörterungen der bürgerlichen Presse einen Wert beimessen, die einige unserer Parteiorane und offenbar auch eine Reihe von Genossen in Erregung versetzt haben, so sehr halten wir es für nötig, daß angesichts der gegenwärtigen politischen Lage die hier in Weipzig dokumentierte Einigkeit der Partei nicht durch eine geteilte Abstimmung über eine vor sechs Jahren beschlossene Resolution getrübt werde. Wir werden daher für den Antrag Dittmann stimmen, der, wie betont, gemäß den Beschlüssen des Essener Parteitages keine wahltaktische Bindung für die Partei bedeutet.

Die Aussprache schließt. Bei der Abstimmung wird der Antrag 203 einstimmig angenommen.

Zur Tagesordnung des nächsten Parteitages stehen die genügend unterzigteten Anträge 204, 200 und 204.

Zubeil begründet den Antrag 204. Die Erfahrungen mit dem schwedischen Generalkongress zeigen, wie notwendig es ist, daß die Organisierten dem Genossenschaftswesen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Viele Genossen stehen der Sache teilnahmslos gegenüber, weil sie nicht mit der heutigen Dividendenjagd und vielen andern Dingen einverstanden sind.

Ragenstein: Im Genossenschaftswesen liegt ein Kampfmittel der Arbeiterschaft verborgen, dessen Wert doch leider vielfach nicht erkannt wird. Der Parteivorstand selbst hat einen schönen Fingerzeig in seinem Bericht gegeben, in welchem er vom gemeinsamen Bezug des Papiers der Parteibrudereien spricht. Heute werden die Gelder der Arbeiterorganisationen größtenteils in den Händen unserer Gegner niedergelegt, in Staatspapieren, sogar in Aktien. In manchen Punkten könnten wir von den sterreichischen Genossen lernen, die sich immer in rührender Weise als unsere Schüler bezeichnen. In Deutschland wird ja zuviel in Theorien gemacht und zu wenig Wert auf die Praxis gelegt. Die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bekennt sich zur Neutralitätstheorie, während doch die Konsumvereine sich nur auf die Sozialdemokratie verlassen können. Politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen haben an dem Doppelziel mitzuarbeiten, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse möglichst zu erhöhen und die kapitalistische in eine sozialistische Produktion zu verwandeln. Ich bitte, den Antrag, das Genossenschaftswesen auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Kitter-Berlin spricht sich in demselben Sinne aus und wünscht, daß der nächste Parteitag eine freundlichere Stellung zum Genossenschaftswesen einnehmen werde als der von 1892 (Beifall.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwie sen.

Geier-Weipzig begründet den Antrag 200, die Steuerfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Die Debatte, die wir hier über die Erbschaftsteuer gehabt haben, machen eine prinzipielle Klarstellung nötig, wie schon Genosse Rautsky ausgeführt hat. Da aber dringendere Sachen zwischen treten können, wollen wir uns nicht binden, und ich empfehle nur Ueberweisung des Antrags an den Parteivorstand zur Berücksichtigung.

Die Ueberweisung des Antrags zur Berücksichtigung wird beschlossen.

Vollender-Weipzig begründet den Antrag 204. Der Antrag ist nur eventuell gedacht und bitten wir den Parteivorstand zu erwägen, ob sich nicht vielleicht die Frage der Budgetbewilligung in den Gemeinden auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages setzen läßt. Sie kennen ja die Vorkommnisse, die zu unserem Antrag geführt haben. Die Frage ist kritisch, wie weit die Nürnberger Resolution auf Gemeinden Anwendung findet. Diejenigen, die uns vorgeworfen haben, hier in Weipzig für den städtischen Polizeietat gestimmt zu haben, würden ihrerseits kaum anders haben handeln können. Vielleicht lassen sich generelle Grundzüge auf diesem Gebiete finden.

Uebe-Breslau stimmt dem Antrag zu. Es sei drollig, daß der Vorfall in Sachen vorgekommen sei, wo die Leute und sonst immer sagen, wie es gemacht werden soll. (Geisterzeit.)

Wipinski-Weipzig: In keiner Weise ist hier in Weipzig die sozialdemokratische Gemeindefraktion in einen Konflikt mit der Parteileitung gekommen. Es hat sich nie um die Frage des ganzen Gemeindefrats, sondern nur um den Polizeietat gehandelt. Derselbe war in seiner Gesamtheit abzulehnen, aber einzelne Bestimmungen darin waren anzunehmen.

Der Antrag 204 wird angenommen.

Es folgen die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages.

Genosse Anspitzer-Magdeburg bittet, Magdeburg zu wählen. Das politische wie das gewerkschaftliche Leben Magdeburgs, wo die gelben Gewerkschaften ihr Haupt erheben, bedarf dringend der Kräftigung. Auch ist Magdeburg an Selbstwürdigkeiten reich.

Geueri-Apolda bittet im Auftrag der Eisenacher Genossen um Abhaltung des nächsten Parteitages in Eisenach. Eisenach liegt zentral und romanisch und hat gute Eisenbahnverbindungen. Vielleicht kann Ihnen auch Eisenach einen neuen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten präsentieren. (Beifall.)

Der Antrag, den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten, wird gegen einige sibirische Stimmen abgelehnt. Auch die Berliner stimmen dagegen. (Große Geisterzeit.)

Magdeburg wird zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Singer: Noch in letzter Stunde ist ein Begrüßungsschreiben eingegangen von unserem alten Genossen Friedrich Lehner (London). Dieser verehrte Genosse, der meines Wissens der Veteran unserer Partei ist, hat es sich nicht nehmen lassen, trotz seines Alters und seiner Schwächlichkeit eigenhändig einen längeren Brief an den Parteitag zu richten. In diesem Briefe bringt er seine brüderlichen Grüße und Wünsche für das Gelingen der Partei zum Ausdruck. Ich nehme davon Kenntnis, spreche ihm auch an dieser Stelle den Dank des Parteitages aus und hoffe und wünsche, daß wir noch oft Briefe von unserem alten Lehner bekommen können. (Bravo!)

Das Resultat der vorgenommenen Wahlen ist das folgende: Gewählt sind zu Vorsitzenden Bebel mit 326 von 328 Stimmen, Singer mit 317, zum Kassierer Gerlich mit 325 Stimmen, zu Schriftführern Mollenhuth mit 322, Ebert mit 310, Müller mit 311, Pfannkuch mit 306 Stimmen. Zur Beisitzerin ist gewählt Genossin Steh mit 277 Stimmen, außerdem haben erhalten Genossin Soader 14 Stimmen, 24 Stimmen mußten bei dieser Wahl für ungenügend erklärt werden.

Zu Kontrollreuren sind gewählt: Raden mit 207 Stimmen, Bod mit 200, Brühne mit 208, Ernst mit 200, Röden mit 201, Klara Jettin mit 201, Ged mit 226, Braun mit 228, Timm mit 224 Stimmen. Außerdem haben erhalten Brey 127 Stimmen, David 26, Geiß 88, Prl. Grünberg 74, P. Hoffmann 68, Sildensbrand 101, Kleemann 20 und Frau Ludwig 6 Stimmen, Verhöld 3, Rimmerfall 2 und Engelmann, Hug, Albert, Dittmann, Schill, Sachse, Wipinski, Schmidt-Berlin und Lindemann je eine Stimme. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Singer: Genossen und Genossinnen! Wir sind nunmehr mit unseren Arbeiten zu Ende. Ich glaube, meine Schlußbemerkungen nicht besser einleiten zu können, als indem ich den Weipziger Genossen unseren Dank ausdrücke nicht nur für die mühselige eifrige Arbeit, die sie während des Parteitages im Interesse der ordnungsmäßigen Verhandlungen geleistet haben, nicht nur für die außerordentlichen Anstrengungen, die sie vor dem Parteitag machen mußten, um alles in die Wege zu leiten, namentlich auch damit wir hier in diesem schönen Raum tagen konnten, sondern auch für die feilschen Veranstaltungen, mit denen sie den Parteitag erfreut haben. (Bravo!) Vor allem habe ich das Empfinden, daß die Delegierten den Wunsch haben, ausdrücklich zu danken für den künstlerischen Genuß, den die Weipziger Genossen uns durch das Konzert bereitet haben. Es gibt darüber in unsern Kreisen nur eine Stimme. Wir sind nicht nur den Weipziger Genossen, sondern auch den Sängern und ihrem vortrefflichen Dirigenten sowie dem Orchester ehrlichen Dank schuldig, den ich hiermit ausspreche. (Erneutes Bravo!) Lassen Sie mich auch danken den Mitgliedern, die in Kommissionen gearbeitet und so außerordentlich viel dazu beigetragen haben, die Arbeiten des Parteitages zu fördern.

Wenn ich unsere Verhandlungen kurz rückwärts schauend überblicke, so möchte ich vor allem eins feststellen, was uns allen zu außerordentlicher Befriedigung gereichen kann. Die Hoffnungen, welche die Gegner auf die diesjährige Tagung gesetzt haben, sind zuhause geblieben. (Lebhafte Beifall.) Ich sage das nicht, um auf die bürgerliche Presse irgendeinen Eindruck zu machen. Ich weiß, daß es Aufgabe der bürgerlichen Presse ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir wissen auch, daß das verschiedenartig in einer Weise geschieht, wie sowohl mit der Wahrheit als mit dem Anstand in kräftigstem Widerspruch steht. (Sehr richtig!) Ich sage das vielmehr, um namens der Partei ausdrücklich zu erklären, daß die Hoffnungen der Gegner an dem granitnen Felsen der Ueberzeugung aller Parteigenossen von der Notwendigkeit einheitlicher Arbeit allezeit scheitern werden. (Lebhafte Beifall.)

Den Gegnern, Genossen, werden wir es selbstverständlich nicht recht machen. Sie werden, sind unsere Verhandlungen lebendig, über die Streitfrage der Parteigenossen schreiben, sind sie, wie diesmal geschäftsmäßig, so werden sie über die Debe, über die Mäßigkeit unserer Verhandlungen schreiben. Den Gegnern kann natürlich nur dann Freude gemacht werden, wenn wir uns nach Möglichkeit zersplittern, wenn sie in die Welt hinausposaunen können, die Sozialdemokratie sei im Begriffe, sich zu spalten. Daß dieser Parteitag wieder dazu beigetragen hat, diese Hoffnungen zu enttäuschen, das halte ich für notwendig festzustellen.

Parteigenossen, wir können mit Befriedigung auf die arbeitsreiche Woche zurückblicken. Wir haben unsere internationale Solidarität aufs neue bekräftigt. Wir haben aufs neue festgestellt, daß wir uns eins fühlen mit den Proletariats aller Länder.

Wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt im Laufe der Woche. Bei dieser unserer Tätigkeit für das Leben der Partei, für den kräftigen Pulsschlag in der Partei - sind und leben!

(Fortsetzung folgt.)

Kuseinandersehungen notwendig. Parteigenossen, lassen wir uns dadurch nicht beirren. Die Wärme des einzelnen, die verschiedenen Temperamente, die in den Reden zum Ausdruck kommen, sie entspringen der Liebe und dem Eifer für die Partei. (Lebhafte Beifall.) Die Partei hat immer auf dem Boden gestanden, daß sie die Meinungsverschiedenheiten offen und herzlich auszutragen hat und daß ihr kein Schaden dadurch geschieht, wenn sie die Meinungsverschiedenheiten vor aller Welt zum Austrag bringt. Dadurch unterscheiden wir uns eben von den bürgerlichen Parteien, daß wir gewohnt sind, uns die Wahrheit zu sagen; und wenn auf dieser und jener Seite dabei manche gar zu temperamentvolle Ausführungen gemacht werden, dann muß das in der Art, in dem Wesen des einzelnen seine Erklärung finden, das darf aber nicht der Gesamtpartei zum Vorwurf gemacht werden, die ein lebhaftes Interesse daran hat, daß die Meinungen wahr, herzlich und auch klar und blühend zum Ausdruck kommen. (Beifall.)

Parteigenossen, einer der wichtigsten unserer diesmaligen Beschlüsse ist der bezüglich der Organisation. Wir haben damit das Streben und das Wesen unserer Partei, die von jeher in der Zusammenfassung aller Kräfte den besten Erfolg für sich hat, aufs neue bekräftigt und erweitert.

Unsere neue Organisation soll und wird uns eine Waffe sein in dem großen Befreiungskampfe, den die deutsche Sozialdemokratie kämpft. Sie wird mehr noch als bisher die Partei in den Stand setzen, die Parteimeinung einheitlich zum Ausdruck zu bringen, und ich möchte diesem Beschlusse den Wunsch mit auf den Weg geben, daß er möglichst schnell in das Parteitreiben eingeführt wird. Die Beschlüsse, die wir zur Parteifeier gefaßt haben, sind ja, wie aus der Diskussion sich ergab, von manchem als zu weitgehend bezeichnet worden, aber, Parteigenossen, lassen Sie mich auch hier feststellen, daß aus allen Reden und auch aus unserm Beschluß der unverbrüchliche Wille hervorgeht, die Parteifeier nicht tot machen zu lassen und den Gedanken, der in der Parteifeier liegt, immer lebendiger ins Volk zu tragen, immer mehr dafür zu sorgen, daß die großen Ziele, denen unsere Parteifeier gewidmet ist, so schnell wie irgend möglich Erfüllung finden. (Beifall.) So nur allein ist unser Beschluß zu verstehen, so nur allein werden unsere Vereinbarungen, wie wir sie angenommen haben, ausgelegt werden; und diejenigen die da fürchten, daß nach dieser Vereinbarung weniger Kraft und weniger Energie in die Parteifeier gelegt werden wird, sie werden durch die Wirklichkeit, wie ich hoffe, sehr bald eines Besseren belehrt werden.

Unsere Referenten zur Reichsversicherungsordnung haben in klarer vollendeter Weise die Forderungen zum Ausdruck gebracht und in der Resolution niedergelegt, die die Partei an diese Gesetzgebung zu stellen hat. Die Debatte dieses Parteitages wird der Ausgangspunkt sein für eine kraftvolle Agitation im Land, für die Arbeit derjenigen, die mit der Gesetzgebungsbildung beauftragt sind. Unsere Agitation im Lande, die wir mit erneuten und vermehrten Kräften aufzunehmen verpflichtet sind, sie wird sich auch mit den letzten volkswidrigen, volksausraubenden Beschlüssen des Reichstags in bezug auf die Reichsfinanzreform befassen. Allüberall im Lande muß die Agitation einsehen, um dem Volke durch Flugblätter, durch die Presse, durch Versammlungen klar zu machen, welche eine Schändlichkeit mit dieser Ausraubung der breiten Masse begangen ist und, Parteigenossen, ich habe die Zuversicht, und darauf weisen ja auch schon einzelne Momente hin, daß die Abrechnung für diesen Streich bei den nächsten allgemeinen Wahlen nicht ausbleiben wird. Die nächsten Wahlen werden, wie ich hoffe, ein vernichtendes Urteil sprechen, nicht nur über die Finanzreform, sondern über das Treiben der Reaktion im deutschen Reich überhaupt, über das Treiben derjenigen Parteien, die aufscheinend für direkte Steuern sich erklären, sich aber damit zufrieden geben, daß mit einer halben Milliarde indirekter Steuern eine Anstandssteuer von 50 bis 60 Millionen vorgeschlagen wird, von der Parteien, die selbst jede direkte Steuer bekämpft haben, wie Zentrum und Konserervative, garnicht zu sprechen.

Parteigenossen! Unsere Aufgabe, die wir auch von diesem Parteitage mitnehmen, ist die Organisation, die Agitation, die Propagierung unserer Ziele, unserer Forderungen. Wir müssen die indifferenten Massen aufklären, wir müssen sie belehren, indem wir ihnen klarmachen, welche Ziele die Sozialdemokratie verfolgt, über die Verbesseren, die die kapitalistische Gesellschaft an dem Proletariat begeht. Wir müssen sie dadurch veranlassen, sich unsern Reihen anzuschließen und die große sozialdemokratische Armee in Deutschland noch zu verstärken. Dazu muß agitiert werden, dazu muß vor allen Dingen auch organisiert werden, dazu müssen alle Kräfte angespannt werden, die wir zur Verfügung haben. Vor allem muß in unserer Literatur nach dieser Richtung gearbeitet werden. Unsere Presse muß noch tätiger als bisher auf diesem Gebiete wirken. Aber, Genossen, lassen Sie es mich auch hier auf diesem Parteitag aussprechen, die Arbeiter und unsere Genossen, sie haben auch Pflichten nach dieser Richtung zu erfüllen. Die Aufgabe der Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Presseorgane, die sogenannten Generalanzeiger, die sogenannten farblosen Blätter, daß mit einem Worte die gegenrätliche Presse aus jedem Arbeiterhaufe herauskommt (Lebhafte Beifall), daß die Arbeiterfamilie daran gewöhnt wird, die sozialistische Presse zu lesen, daß der Kampf, den wir gegen die bürgerliche Presse führen, nicht dadurch zum Teil lahmgelegt wird, daß die bürgerliche Presse in unsern eigenen Reihen Anhänger und Leser findet. Und wenn auch vielleicht das eine oder andere Parteiorgan, weil es noch nicht so reichlich über alles verfügen kann, noch manchen Mangel aufweist, so sollten die Parteigenossen dadurch, daß sie in immer stärkerer Zahl in die Reihen der Leser unserer Organe eintreten, selbst dafür sorgen, daß diesen Mängeln abgeholfen wird. Je mehr die Parteipresse verbreitet wird, desto mehr wird sie im Stande sein, allen Ansprüchen zu genügen.

Ich möchte alles zusammenfassen, Ihnen ans Herz legen, unablässig bemüht zu sein für die Propagierung unseres Programms und unserer Ziele, unablässig bemüht zu sein dafür, daß auch die Forderungen, die wir an den Gegenwartskampf stellen, in immer höherer Maße in das Bewußtsein der Arbeiterklasse eingehen; die Herzen und die Köpfe der Arbeiterklasse zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den eigentlichen Kampf um unser Endziel. An Arbeit, Genossen, wird es uns nicht fehlen. Die lächlichen Genossen stehen vor einer Wahl unter dem niederträchtigsten Wahlsrecht. In Preußen haben wir den Kampf für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlsrecht zu führen. Lassen Sie auch diesen Parteitag ein Ansporn dafür sein, daß der Kampf fortgesetzt wird mit aller Energie, mit Aufwendung aller Mittel, die uns zu Gebote stehen.

Und wenn uns das vielleicht nicht gelingt, dann müssen die Demonstrationen für die Befreiung des Dreiklassenwahlsystems in Preußen einen Umfang und eine Schärfe annehmen, das wenigstens den Gewalthabern in Preußen vor Augen geführt wird, wie die breiten Massen des Volkes über die schädliche Politik denken und fühlen, die unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das sind die Aufgaben, die wir in der nächsten Zeit zu erfüllen haben. Wir gehen an diese Aufgaben eingedenk eines Wortes unseres unvergesslichen Meisters und Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht: Immer in der Offensive, niemals in der Defensive. (Lebhafte Beifall.) Das ist die Mahnung, das ist der Wunsch, den ich Ihnen mitgebe. Sorgen Sie dafür, daß diese Auffassung im Lande zur Geltung komme und lassen Sie uns unsere Arbeiten schlichten, indem wir getreu unserm alten Brauch das aussprechen, für das wir leben, für das wir kämpfen: Die Deutsche Sozialdemokratie sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarxialis.)

Der Parteitag ist geschlossen.
Schluß 1/4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Der schwedische Massenstreik und die Leipziger Arbeiter.

Am Sonnabend hatten sich tausende Leipziger Arbeiter im großen Festsaale des Zentraltheaters versammelt, um aus dem Munde des Abgesandten der schwedischen Arbeiter, des Genossen Lindblad aus Göteborg, die Grüße der kämpfenden Brüder, ihren Dank für die treue Hilfe und ihre Bitte um weiteren Beistand zu vernehmen. Trotz des strömenden Regens war der Saal dicht gefüllt und so wirkte die Versammlung als eine machtvolle Demonstration internationaler Solidarität für die in schwerem Kampfe stehenden schwedischen Klassenossen.

Genosse Fromm als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates wies einleitend auf die Bedeutung der Versammlung hin, die aufs neue den Beweis erbringen sollte, daß die Leipziger Arbeiterkraft geschlossen hinter den Kämpfern in Schweden stehe und dies durch diese imposante Versammlung auch äußerlich ausdrücken wolle. Hierauf nahm, von stürmischem Pöndelstischen begrüßt,

Genosse Lindblad das Wort. Bevor er zur Sache übergehe, wolle er die Grüße der schwedischen Arbeiter übermitteln und ihren Dank für die Sympathie und die tatkräftige Unterstützung ausdrücken, die die deutschen Arbeiter den schwedischen hätten zuteil werden lassen. Diese prächtigen Zeichen internationaler Solidarität hätten unter den schwedischen Arbeitern große Freude hervorgerufen. Er müsse aber auch sagen: die schwedischen Klassenkämpfer haben sich diese Sympathie recht verdient. Und nun schilderte Genosse Lindblad die Ursachen, die Entstehung und den bisherigen Verlauf des Riesenkampfes, der alle Welt in Erstaunen versetzt hat. Er zeichnete in wenigen Strichen die ökonomischen Verhältnisse und die industrielle Entwicklung Schwedens, den wirtschaftlichen Zusammenschluß sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer, deren Schamlose fortgesetzte Provokation der Arbeiter, die dann von Mitte Juli bis Anfang August zu den Riesen-Aussperrungen führten, in deren Folge 80 000 Arbeiter auf der Straße lagen. Die Unternehmer glaubten die Krise zur Vernichtung der Gewerkschaften benutzen zu können und die Arbeiter waren gezwungen, den Kampf aufzunehmen bei Strafe der Vernichtung ihrer Organisationen. Die schwedische Bourgeoisie habe die Arbeiter selbst zur wirtschaftlichen Vereinigung wie auch zum politischen Kampfe gezwungen durch ihre die Lebenshaltung vertuernde Zollpolitik, durch die tendenziöse Änderung des Straßengesetzes, wonach nunmehr ein Arbeiter, der einen anderen am Streikbruch hindern will, mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft werden kann. (Stürmisches Pfuirufe.) Dann wachte auch in Schweden der Militarismus und damit die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter. So sei zwischen den beiden Klassen eine soziale Spannung entstanden, für die der Massenstreik sozusagen der natürliche Ausdruck ist. Die Gewerkschaften hätten diesen Kampf nicht gewünscht, aber es habe hier geheißen: entweder Kampf oder volle Unterwerfung. Die Arbeiter hätten sich für den Kampf entschieden, die Unterwerfung sei ihnen nicht annehmbar gewesen; die Nichtauslösung hätte für die schwedischen Arbeiter ein langames Verhungern bedeutet. So blieb auf die Massenausperrungen nur die eine Antwort: der Massenstreik! (Stürmisches Bravo!) Genosse Lindblad schilderte dann den bisherigen Verlauf des Kampfes, in dem sich die schwedische Regierung und die Presse auf Seite des Unternehmertums gestellt habe, das Wort von der einen reaktionären Masse wahrnehmend. Dafür habe die Arbeiterkraft ihre internationale Solidarität bewiesen und die Arbeiterpresse die schwedischen Kämpfer trefflich unterstützt. Er wolle hier nicht eingehen auf die Bedeutung des Kampfes für die Arbeiterklasse überhaupt; nur eins müsse er sagen: in romanischen Ländern hätten viele Generalkrisen auf der plötzlichen Erregung der Arbeiter beruht, der schwedische Kampf sei aber der Ausfluß einer zielbewußten, kräftigen gewerkschaftlichen Organisation! (Sehr richtig!) Die schwedische Bourgeoisie habe in Furcht vor der Arbeiterkraft gelebt, ohne Grund. Wenn die schwedischen Arbeiter den Weg der Gewalt beschritten hätten, dann wäre der Riesenkampf längst zu Ende, denn dann hätte das bereitstehende Militär die Arbeiter niederkarikiert.

Die lange der Streik noch dauern werde, wisse man nicht. Jetzt schwebten zwar Vermittlungen, aber es türmten sich so viel Schwierigkeiten auf, daß ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen sei. 180 000 Arbeiter lägen noch auf der Straße; diese aber durchzuhalten sei dringender notwendig. Und so möchte ich, schloß Genosse Lindblad, die bringende Bitte an die deutschen Arbeiter richten, ihren schwedischen Arbeitsbrüdern, die in schwerem Kampfe als internationale Vorkämpfer gegen den gemeinamen Feind, die internationale Kapitalistenklasse, stehen, ihre so bringende notwendige Hilfe im Bewußtsein der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder auch weiter zu gewähren. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Fromm hat den Genossen Lindblad hierauf, den schwedischen Arbeitern die herzlichsten Grüße auch der Leipziger Arbeiter zu übermitteln. (Lebhafte Zustimmung.) Die Versammlung habe bewiesen, daß die deutschen Arbeiter an dem Kampfe in Schweden den lebhaftesten Anteil nehmen. Der Kampf habe schwere Opfer gekostet und koste sie noch. Aber die deutschen Arbeiter würden nicht vergessen, daß die Wunden, die die schwedischen Klassenossen erleiden, sie erleiden für die gesamte Arbeiterklasse, wie die Wunden, die sie den schwedischen Unternehmern schlagen, sie der gesamten Kapitalistenklasse schlagen.

Nach nahezu einstimmigem Beschluß, dem Referat keine Diskussion folgen zu lassen, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 18. September 1900 im Zentraltheater zahlreich versammelten Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen nach einem Referat des schwedischen Genossen Lindblad den streikenden und ausgesperrten schwedischen Arbeitsbrüdern ihre wärmsten Sympathien aus. Sie versprechen gleichzeitig, es nicht bei diesen Sympathien bewenden zu lassen, sondern finanziell nach Kräften dazu beizutragen, daß der Kampf ehrenvoll beendet wird.“

Leipzig und Umgebung.

Für die kämpfenden Schweden.
Die Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat für die kämpfenden schwedischen Arbeiter 1000 Mark abgeschrieben.

Herr Feix Peimach, Friseur in Lindenau, GutsMuthsstraße 49, schreibt uns zu der Notiz des Friseurgeschliffenverbandes in der Sonnabendnummer: Die Ausrüstung zu Herrn Liebsch, er habe auch schon als tarifbrüchiger Meister in der Volkszeitung gestanden, habe ich in gutem Glauben getan, habe aber nicht hinzugefügt, da würde ich mich nicht mehr mit veröffentlicht lassen. Das meine Organisationsvernichtung anbetrifft, so habe ich vor nunmehr vier Jahren einmal einen Gehilfen nicht vom Arbeitsnachweis der Organisation genommen; der Gehilfe war aber organisiert.

Deutsches Reich.

Auch Hirsch-Dundersche finden keine Gnade.
Bei der weltbekannten Gärtnereifirma Gschlinder Dippe in Duedlinburg werden zirka 500 Gärtner und Gärtnereiarbeiter beschäftigt, an die im Laufe der Jahre viel Mühe aufgewendet wurde, um sie zu organisieren. Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein vermochte darin nur vorübergehende Erfolge zu erringen. Erst im verfloffenen Jahre gelang es den Hirsch-Dunderschen, einen Ortsverein der Gärtner zu gründen, der es bis auf 150 Mitglieder gebracht haben soll. Die Hirsche glaubten, daß der Millionär v. Dippe gegen die Organisierung „seiner“ Arbeiter in dem Gewerksverein nichts einwenden werde. Aber der Glaube war irrig. Als das Gewerbegericht sich für die Gärtner als zuständig erklärte, und außerdem der Fortbildungsschulzwang für Gärtnerlehrlinge eingeführt wurde, begann Herr v. Dippe zu murren. Und als erst der Vorsitzende des Gewerksvereins von den Mitgliedern beauftragt wurde, bei der Firma um eine geringe Pensionszahlung der Sonntagsarbeit vorstellig zu werden, war es mit Herrn v. Dippes „Langmut“ vorbei. Eine Antwort auf das Gesuch blieb aus; dafür wurde aber den Mitgliedern des Gewerksvereins bei der nächsten Lohnzahlung bekannt gegeben, daß sie bis zum 1. Oktober ihren Austritt aus der Organisation zu vollziehen hätten; andernfalls würden sie entlassen. Damit war das Schicksal des Gewerksvereins besiegelt; die Hirsche traten aus.

Vergeblich hatte der Vorsitzende des Zentralverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, der frühere Landtagsabgeordnete Goldschmidt, versucht, vermittelnd einzugreifen. Wie er selbst in einer dieser Tage in Duedlinburg abgehaltenen Versammlung erklärte, hat ihm Herr v. Dippe einfach zur Antwort gegeben, daß er Herr in seinem Hause sei, und nur er zu befehlen habe. Die Gärtner seien früher, als sie noch seiner Organisation angehörten, viel artiger gewesen. Er habe nichts gegen die Organisation, seine Leute könnten sich gern organisieren, aber bei ihm dürften sie dann nicht mehr arbeiten! Goldschmidt machte den so koalitionsrechtsfreundlichen Millionär darauf aufmerksam, daß am Duedlinburger Rathause, das er, v. Dippe, doch gestiftet habe, schöne Sinnprüfste angebracht seien, u. a. auch der: Anderer Ueberzeugung ehren, heißt deiner Meinung Wert vermehren! Die Antwort war: Ich habe wohl das Geld gegeben, aber die Sprüche hat der Oberbürgermeister gemacht (11).

In einer Versammlung schilderte der Bezirksleiter Hauke die Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, die Dippeschen Gärtner zu organisieren. Schon 1890 hätten 300 Gärtner dem Verbands der Gärtner angehört. Es sei zwar gelungen, der Monatslohn von 88 auf 45 Mark zu erhöhen, aber die Organisation hätte die Firma schließlich doch wieder zur Vernichtung gezwungen. Ob die Hirsch-Dunderschen Arbeiter nun wohl einsehen werden, daß dem Unternehmertum jede Organisation verhaßt ist, ganz gleich welcher Richtung, daß also mit Harmoniebesetzung nichts zu erreichen ist?

Unter den Postarbeitern gibt es.
Zwischen der Oberpostdirektion Berlin und den Mitgliedern des Arbeitsausschusses der Post- und Telegraphenhandwerker und -arbeiter sind ernste Differenzen ausgebrochen. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Post- und Telegraphenhandwerker und -arbeiter, die gestern in den Andreas-Gesellen stattfand, wurde darüber geklagt, daß die Postverwaltung ihren Arbeitern das Koalitionsrecht streitig machen wolle. Nach lebhafter Debatte wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihr tiefstes Bedauern über die Haltung der Oberpostdirektion Berlin gegenüber dem Arbeiterausschuß ausdrückt und die Hoffnung ausdrückt, daß nunmehr der Staatssekretär des Reichspostamtes zugunsten der Handwerker und Arbeiter eingreifen werde.

Ausland.

Bern für Sattler gesperrt.

Am 1. November d. J. droht in Bern ein erster Kampf im Sattlergewerbe auszubrechen. Die Sattlermeister Berns erhielten nämlich von der Delegiertenversammlung in Lausanne den Auftrag mit nach Hause, den mit den Gehilfen vereinbarten Arbeitsvertrag zu kündigen und die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Vor drei Jahren, am 1. November 1900, wurde zwischen dem Sattlermeisterverein Bern und dem Sattlerfachverein Bern ein lokaler Arbeitsvertrag abgeschlossen, in welchem in Artikel 1 die neunstündige Arbeitszeit für Sonnabends- und die neunzehnstündige Arbeitszeit für den übrigen Wochentagen festgesetzt worden ist. Die dreijährige Vertragsdauer ist am kommenden 1. November abgelaufen, und soll also nach Programm die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden, was somit einer täglichen Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde gleichkommt. Die Sattlergehilfen haben in mehreren Versammlungen zu diesem reaktionären Beglanten Stellung genommen und einstimmig beschlossen, mit allen Mitteln die Pläne einer rückständigen Meisterhaft zu durchkreuzen und unter keinen Umständen in eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuwilligen. Ein erster Kampf gegen dieses reaktionäre Beginnen der aussperrungswütigen Sattlermeister scheint unvermeidlich. Der Platz Bern ist deshalb für Sattlergehilfen aller Sparten strengstens gesperrt. Die Kollegen allerorts ersuchen wir, Zuzug streng fernzuhalten. Sperrbrecher werden wie Streikbrecher behandelt.

Für den Schweiz. Leberarbeiterverband:
Der Zentralvorstand.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Verband der Tapezierer veranstaltet in der Zeit vom 9. bis 18. Oktober eine allgemeine umfassende Agitation. In sämtlichen Zahlstellen werden in dieser Zeit Agitationsversammlungen abgehalten.

Die Arbeiter der Berliner Postkartenbranche stehen in Tarifverhandlungen mit den Unternehmern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Politische Uebersicht.

Der Fleischkonsum der deutschen Arbeiter.

Wenn in den letzten Jahren von unserer Presse und von unseren Abgeordneten im Reichstage die Deffnung der Grenzen für Vieh- und Fleischzufuhr...

Table with 3 columns: im Jahre, 1906, 1907, 1908. Rows for kg, 50,03, 52,41, 52,08.

Solche Durchschnittsberechnungen geben uns, wie ohne weiteres klar ist, kein richtiges Bild von dem Konsum...

Das statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, das im Aprilhft 1909 im Reichsarbeitsblatte die oben angeführten Zahlen veröffentlichte...

Table with 2 columns: Familienanzahl, 4, 35, 71, 40. Rows for income brackets: 900-1200 M., 1200-1600, 1600-2000, 2000-3000.

Man kann wohl sagen, daß die große Mehrzahl der in Frage kommenden Familien ein Einkommen hatte...

Table with 3 columns: Fam. mit Ausgab., von 900-1200 M., auf 106,1 kg, 30,28 kg. Rows for income brackets.

Der relativ hohe Konsum in der untersten Einkommensklasse erklärt sich dadurch, daß es sich um nur 4 Familien handelt...

So widerlegt die amtliche Statistik, die auch sonst noch außerordentlich wertvolles Material zur Beurteilung der Lebenshaltung der Minderbemittelten bietet...

Deutsches Reich.

Tobende Schnapsjunker.

Der Beschluß des Leipziger Parteitags, durch den ein energischer Boykott des Schnapses eingeleitet worden ist...

Was uns betrifft, so würden wir nichts dagegen haben, wenn der originelle politische Schnapsboykott den Brantwein...

weimonopols und besonders auch die Besteuerung alkoholfreier Getränke als unabweisbar herausstellen.

Die Versicherung, daß der Schnapsboykott den Junkern nichts schaden werde, ist nichts als pure Heuchelei...

Was an den Wutausbrüchen der Schnapsjunkerorgane besonders interessiert, das ist die unverhüllte Schamlosigkeit...

Der Grund für das Toben der konservativ-ultramontanen Junkerpresse liegt auf der Hand: sie fürchtet...

Der Kerger.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wendet sich in ihrem Wochenrückblick gegen die ausführliche Berichterstattung der Bürgerlichen Presse über den Parteitag.

Bei einem kurzen Rückblick auf die Leipziger Versammlung möchten wir zuvörderst der Wahrnehmung Ausdruck geben...

Das Blatt sagt, wenn es behauptet, die bürgerlichen Blätter hätten dem sozialdemokratischen Parteitag einen zu großen Raum gewidmet...

Berlin, 20. September. Vom Reichskanzler ist jetzt eine ausführliche Anweisung zur Regelung des funktentelegraphischen Dienstes erlassen worden...

Steuerreparaturen. Es ist in der Presse und im Reichstag von Anfang an darauf hingewiesen worden, daß die unglaubliche Steuerpulsarbeit der Schnapsbloddschheit...

andern Falle, in dem von Tabakinteressenten Auffklärung über die Nachverzollung und Nachbesteuerung von Tabakblättern...

Eine Selbstverständlichkeit. Gegenüber der Forderung nach einer Neuenteilung der Wahlkreise in Preußen wissen die Berliner politischen Nachrichten zu berichten...

Daß die preussische Regierung freiwillig nicht für eine Änderung in der skandalösen Wahlkreisgeometrie eintreten wird...

Yata Morgana! Auf einer Besuchsreise, die der preussische Minister des Innern v. Moltke einem Herrn v. Ziegler auf Paganow abstattete...

Zentrumslehrtur in Berlin. Die Germania teilt ihren Lesern mit, daß mit Beginn des Oktober in Berlin ein neues Bildungsunternehmen ins Leben treten wird...

Oesterreich-Ungarn.

Wie die Deutschen Frieden machen.

Prag, 19. September. Der deutsche Landtagsverband sprach sich dahin aus, daß kein Anlaß bestehe, die Obstruktion auch nur zum Zwecke der Wahlen in den Landesauschuss...

Rußland.

Spiegel gegen Spiegel.

Petersburg, 18. September. Im Zusammenhange mit der Entdeckung einer Bombenbatterie, wobei als Schuldige Agenten der Geheimpolizei ermittelt wurden...

Petersburg, 19. September. Die Bombenbatterie, deren Entdeckung, wie gemeldet, die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen den Chef der Geheimpolizei im Gefolge hatte...

Spanien.

Verhaftungen.

Paris, 20. September. Der Mailin meldet aus Madrid: Mehrere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen fanden gestern in Garcia und Villanacos statt...

Marokko.

Unter dem Schutze der Mächte.

Paris, 20. September. Elclair meldet aus Tanger, daß der Moghi Buhamara nicht erschossen, sondern unter furchtbaren Qualen geendet worden sei...

Türkei.

Unruhen.

Konstantinopel, 18. September. Nach hierher gelangten Nachrichten sind auf Samos Unruhen ausgebrochen. Der Fürst hat die Nationalversammlung, welche eine Herabminderung der auf der Insel befindlichen türkischen Truppen forderte...

Sächsische Angelegenheiten.

Die Liebert-Gelden.

Es war ein lässliches Schauspiel, das in einer öffentlichen Wählerversammlung in Pegau Herr v. Liebert und seine Getreuen vor den nationalen Wählern aufführten. Der Generalkonferenz des Reichsverbandes sprach über die Reichsfinanzreform. Er, der nach der Reichstagswahl von 1907 im Reichstage mit drohender Gebärde verstand, daß er bei der nächsten Reichstagswahl der Sozialdemokratie den letzten Rest geben werde, war jetzt recht kleinlaut, und seinen Ausführungen merkte man es an, wie er sich abmühte, die schwierigen Klippen seiner nicht gehaltenen Versprechungen zu umschiffen. Die neuen Steuern, meinte Herr v. Liebert, könne jeder leicht tragen, die Unzufriedenheit sei daher unangebracht. Die Finanzreform sei ein Fiktion, wie es selten von Menschenhand geschaffen worden sei. Schuld daran seien die Rationalisierungen infolge ihrer Stellungnahme. Doch gab es viele unter diesen, die unglücklich gewesen seien, daß sie nicht mit an dem Werke der Finanzreform hätten arbeiten können. Wenn auch der nationale Block auseinandergegangen sei, so seien doch in Berlin in aller Stille Vorbereitungen getroffen worden, die es ermöglichten, mit den Liberalen von Fall zu Fall zu partieren, um einer Mehrheit, die an die Namen Bebel, Windthorst und Richter erinnert, vorzubeugen. Die Konservativen würden sich hüten, mit dem Zentrum zusammenzugehen. Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitags in Leipzig, der den Parteilgenossen empfiehlt, den Kampf gegen den Alkoholgenuss energisch zu führen, fand nicht seine Zustimmung. Es wäre ja ganz gut, meinte er, wenn der Alkoholgenuss eingeschränkt würde, doch könne man ein gewisses Quantum Alkohol nicht entbehren; der Mensch sei nun einmal daran gewöhnt. Das sagt Herr v. Liebert, zugunsten dessen Wahl bei der letzten Reichstagswahl das bekannte Schnapsflugblatt des Reichsverbandes verbreitet wurde, in welchem die Sozialdemokratie in der einfachsten Weise besichtigt wurde, daß sie den Schnapsgenuss der Massen begünstige. Dann vertiefte er sich sogar soweit, vom Sparen zu reden; es dürfe nichts bewilligt werden, wenn keine Deckungsmittel vorhanden seien. Das sagt derselbe v. Liebert, der in bezug auf die Flottenrüstungen am liebsten England überflügeln möchte.

Sodann begeisterte sich Herr v. Liebert für die Wehrsteuer. Man sieht, Herr v. Liebert hat kaum alle die bedrückenden Steuern mit auf die Waage abgewägt, und schon hat er wieder eine in Vorbereitung, die ebenfalls auf die Waage abgewägt werden kann. In bezug auf seine Zentrumsfreundschaft bemerkte er: „Ich bin heute wieder ganz neutral dem Zentrum gegenüber.“ Das heißt bis zum nächstenmal, wenn es wieder einmal das Volk zu schröpfen gilt! Herr v. Liebert erscheint jetzt aber auch das Zentrum nicht mehr so schlimm, es habe ein Paar in seiner eigenen Ueberhebung gefunden, es werde jetzt vorzichtiger sein. Wo wären wir hingekommen, wenn wir den Reichstag aufgelöst hätten?“ rief er aus. In solchen Momenten konnten wir keine allgemeinen Wahlen vornehmen, das beweisen die Wahlen in Neustadt-Randau und in Stollberg. Das deutsche Volk sei eben noch nicht politisch reif, denn aus einer gewissen Verärgerung beteiligten sich ganze Schichten nicht an der Wahl, Gleichgültigkeit erregte: „Ich habe mich 1907 gestreut über die schönen Wahlen und die Beteiligung, nun sehe ich leider das traurige Resultat in Stollberg, wo 8000 nicht zur Wahl gegangen sind.“ Um so drohlicher hörte es sich an, als er sagte: „Auch bei der Landtagswahl müssen wir vorsich und stramm zusammenhalten.“ Nach Herrn v. Liebert zeigt das deutsche Volk seine politische Reife erst dann, wenn es, wie bei den letzten Schwindelwahlen 1907, sich tüchtig belämmern läßt. Wirklich, eine nette Werkschätzung des deutschen Volkes. Am Schluß suchte er Vergeßlichkeit zu erwecken und rief aus: „Wir dürfen nicht vergessen, daß Sachsen und Thüringen die nationalen Wahlen gemacht haben. Darum seid einig, einig, einig!“ Nur schwacher Beifall folgte seinen gewundenen Ausführungen.

Nachdem Herr v. Polleuffer-Koppe ein komisches Intermezzo aufgeführt und Herr v. Liebert ihm einiges geantwortet hatte, meldete sich unser Gen. Bahrdt. Großsch zum Worte. Im Vorstandstische saßen die Herren die Köpfe zusammen — sie erinnerten sich, daß Gen. Bahrdt Herr v. Liebert schon einmal gründlich auf den Sand gesetzt hatte — und dann entspann sich folgender origineller Dialog: Vorsitzender: Woher sind Sie? Bahrdt: Aus Großsch! Vorsitzender: Dann erhalten Sie das Wort nicht; zu dieser Versammlung sind nur Wähler von Pegau und der Umgebung eingeladen. (Großsch liegt nur eine Viertelstunde von Pegau!) Bahrdt: Ich habe das Interat zwar nicht so genau auf seinen Inhalt geprüft, aber ich denke, Großsch gehört auch mit zur Pegauer Umgebung. Vorsitzender: Nur die Landorte sind mit der Umgebung gemeint, das steht auch in der Einladung. Bahrdt: Das ist ein recht sonderbares Verfahren. Jedenfalls wäre es das richtige, wenn der Vorsitzende die Versammlung fragen würde, ob ich sprechen darf. Vorsitzender: Hier habe ich zu entscheiden. Das Vokal ist gemietet, ich mache Sie darauf aufmerksam. (Einige nationale Kämpfer rufen schon schwach: Raus!) Bahrdt: Jedenfalls wird es für das Ansehen des Herrn v. Liebert nicht von Vorteil sein, wenn er damit einverstanden ist, daß einem seiner politischen Gegner auf diese Weise das Wort abgeschnitten wird. (Herr v. Liebert bleibt stumm. Die Aulse: Raus, raus werden stärker.) Vorsitzender: Ich mache Sie nun darauf aufmerksam, daß Sie den Saal zu verlassen haben. Bahrdt: Natürlich werde ich mich fügen. Dieses Vorgehen kennzeichnet aber den ganzen Kagenhammer nach 1907. (Erneute Aulse: Raus, raus!) Genosse Bahrdt geht. Auf den Gesichtern eines großen Teiles der Besucher aber, die nur zum ganz geringen Teile dem Arbeiterstande angehören, kann man nur Enttäuschung und Verwunderung lesen über das Verhalten der Versammlungsleitung.

Diese nationalen Prähärenze wollen der Sozialdemokratie den letzten Rest geben! Es scheint vielmehr, als wenn Herr v. Liebert mit samt seinem famosen Reichsverband auf dem letzten Loche pfeift. Im übrigen aber beweist die Verweigerung des Wortes an unseren Genossen Bahrdt wieder, wie jämmerlich die Gesellschaft kneift, wenn sich in ihren öffentlichen Versammlungen ein Sozialdemokrat sehen läßt. Und dann heulen sie wie geprügelte Hunde, wenn wir unsere Leute zum Nichtbesuch solcher Versammlungen auffordern und daher die nationalen Felder in ihren Versammlungen vor leeren Stühlen ihre Gaukeleien aufzuführen müssen.

Freisinniges. Der Vorstand und der Ausschuss des Landesvereins der freisinnigen Volkspartei hielten gestern in Leipzig eine gemeinsame Sitzung ab, der auch die bisherigen freisinnigen Landtagsabgeordneten sowie die freisinnigen Landtagskandidaten beiwohnten. Nach den Mitteilungen in der bürgerlichen Presse sollte sich die Sitzung mit den bevorstehenden Landtagswahlen beschäftigen. Die Berichte in der bürgerlichen Presse über die Sitzung schweigen sich aber über die Beratungen vollständig aus und teilen nur eine Resolution mit, worin „aufs schärfste“ gegen die von den Konservativen im Bunde mit dem Zentrum und den Polen durchgeführte Reichsfinanzreform protestiert wird — daß der Protest nur dem Kerger darüber entspringt, daß die Freisinnigen aus dem Steuerblock hinausgeworfen worden sind, wird weislich verschwiegen, damit man den Protest ernst nehmen soll —, und dann wörtlich ausgeführt wird:

Vorstand und Landesauschuss der Freisinnigen Volkspartei erhoffen bei der bevorstehenden Landtagswahl von dem liberalen Bürgertum, vor allem den freisinnlich und unabhängig denkenden Wählern in Stadt und Land eine tatkräftige Unterstützung und Landesauschuss erklären, daß nur durch eine solche Unterstützung eine einschneidende liberale Partei in genügender Stärke in den Landtag einzutreten wird, die unerschrocken den Kampf für eine berechtigte Arbeiter- und Mittelstandspolitik und gegen einseitige Sonderinteressen aufnehmen und als ihre weitere vornehmste Aufgabe sich die Pflege des Allgemeinwohls zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes angelegen sein lassen würde.

Die Freisinnigen als „unerschrockene Kämpfer“ für das Volkwohl und die „berechtigten“ Arbeiter- und Mittelstandsinteressen — ein Bild zum Lachen! Den Schluß der Vorlesung bildet eine Sympathieerklärung für den Hanfabund.

Die beiden Bären. In Zwickau hat der Wahlkampf mit einer freisinnigen Versammlung begonnen. Der bisherige Abgeordnete des Kreises, Bär, hielt seine Kandidatenrede. Er besprach die freisinnigen Heldentaten und empfahl sich mit der Devise: Fort mit der konservativen Langtagmehrheit! als den wahren Jakob, wollte sagen einen „wahrhaft liberalen“ Mann. Bemerkenswert wurde die Versammlung nur durch das Auftreten des nationalliberalen Gegenkandidaten, der ebenfalls auf den Namen Bär hört, sich aber nationalliberal Baer schreibt. Dieser nationalliberale Baer erzählte dem lauschenden Volke, daß zwischen ihm und dem freisinnigen Bär nicht viel Unterschied bestehe, denn auch er verfolge das Ziel, den Konservatismus in Sachsen auszurotten und an dessen Stelle den wahren Liberalismus zu setzen. Nur in der Wahlrechtsfrage seien die Meinungen geteilt. Für den Reichstag will er das allgemeine gleiche Wahlrecht gnädigst bestehen lassen, aber für den Landtag fordert er die Klassenwahl, weil in Sachsen — direkte Steuern erhoben werden und der Höherbesteuerte auch mehr Rechte haben müsse. Außerdem verlange das Reichstagswahlrecht ein politisch reifes Volk und das sei in Sachsen noch nicht vorhanden. Und in demselben Atemzuge erklärte derselbe Mann, daß auch in seinen Werten „Arbeiterblut“ rolle, denn seine Wiven seien ebenfalls Arbeiter gewesen. Das heutige Pluralwahlrecht fand in ihm natürlich einen warmen Verteidiger; waren es doch auch seine Parteigenossen, welche es geschaffen haben. Es sei zwar kein Idealwahlrecht, meinte er, es biete aber immerhin verschiedene Vorteile gegenüber dem vorhergegangenen, deshalb könne man mit ihm zufrieden sein. Der freisinnige Demagogen-Bär ging darauf wild gegen den nationalliberalen Bär los und sagte ihm, daß ein sächsischer Industriearbeiter in der politischen Reise einem königlichen Bauamtmann nicht nachstehe. Ein Wiggold bezeichnete darauf nicht übel den freisinnigen als den wilden und den nationalliberalen als den zahmen Bär, d. h. Bären sind sie alle beide. Die Arbeiter werden sich aber von keinem dieser beiden Bären einen Bären aufbinden lassen.

In den Armen liegen sich beide. Der konservative Verein in Schneeberg hat beschlossen, die Kandidatur des früheren nationalliberalen Abgeordneten für den 20. städtischen Wahlkreis, Fabrikbesitzer Bauer in Aue, zu unterstützen. Wie Vorwort bei der Wahl im 19. Kreise die Unterstützung der Konservativen hatte, weil er doch ein so gar „gemäßigter“ Nationalliberaler war, so auch jetzt Herr Bauer. Man erkennt an dieser Erneuerung des alten Kartells in Sachsen, daß das Geschimpfe der Konservativen und Nationalliberalen fauler Zauber ist. Gemeinam wollen sie dem Volke das Fell über die Ohren ziehen.

Ausschluss vom Wahlrecht. Der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig verhandelte am Sonnabend mehrere Einprüche wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste. Ein Weichenwärter hat zwar in Sachsen Steuern bezahlt, sie mühten indes nach Preußen abgeführt werden. Der Bezirksauschuss wies seinen Einpruch ab, da sinngemäß Voraussetzung des Wahlrechts sei, daß die Steuern dem sächsischen Staat zukommen mühten. Ein in Gaußsch wohnender Wähler ist mit Staats- und Gemeindesteuern im Jahre 1903 im Rückstand geblieben. Die Gaußscher Behörde glaubte sich berechtigt, den Mann nicht in die Wählerliste einzutragen, da die Steuern noch nicht verjährt seien. Der Bezirksauschuss schloß sich jedoch der Auffassung des Dresdener Kreisauschusses an, daß der Gesetzgeber eine längere als dreijährige Verjährungsfrist sowohl hinsichtlich der Staats- als auch der Gemeindesteuern nicht beabsichtigt habe. Der Refuz des Wählers wurde beachtlich befunden und seine Aufnahme in die Wählerliste verfügt. Ein anderer Fall betraf ebenfalls einen Gaußscher Einwohner, dessen Kind in Erziehungsfürsorge gegeben worden ist. Der Vater weigert sich, zu zahlen. Der Gemeindevorstand betrachtet die Pflege des Kindes als Armenunterstützung. Die Amtshauptmannschaft steht auf einem anderen Standpunkt. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln zum Zwecke der Erziehungsfürsorge sollten nach den zurzeit geltenden Anschauungen nicht als Armenunterstützung betrachtet werden. Dem Munde des Bürgermeisters Ahnert von Zwenkau, bekanntlich einer der „geistreichsten“ Reaktionsäre, entfloß das von tiefer Erkenntnis zeugende Wort: „Rechte wollen sie haben, Pflichten nie!“ Die Mehrzahl der übrigen Vertreter schloß sich diesem salomonischen Diktum an, setzte sich schlanke über die geltende Auslegung des Gesetzes hinweg und verwarf den Refuz. Die Kreis-hauptmannschaft wird diesen Beschluß des Bezirksauschusses zu korrigieren haben.

Der Segen reaktionärer Gesetzgeber. In bürgerlichen Blättern ist zu lesen:

„Die Waldbeerenernte, welche dieses Jahr in allen Beerenorten (Heidel-, Preisel-, Erd-, Him- und Brombeeren) als eine Mittelernte bezeichnet werden konnte, wurde im Vogtlande durch die von den Waldbesitzern erlassenen Verbote des Betretens der Waldungen durch Pils- und Beerenjäger sehr beeinträchtigt. Die Heidelbeerenmengen, die in den letzten Jahren aus dem Vogtlande ins Niederland verführt wurden, bewegten sich in der Regel zwischen 45 000 und 50 000 Kilogramm und nahezu dieselbe Höhe erreichte neuer auch die Verbandsjäger der bei den in der Nähe von Beerenwäldern gelegenen Güter-

stationen aufgeflossenen Preiselbeeren. In früheren guten Beerenjahren, zum Beispiel 1895 und 1896, gelangten allein aus dem südlichen Teile des oberen Vogtlandes — etwa von Brandebach bis Delnsitz — mehr als 150 000 Kilogramm Heidelbeeren und gegen 180 000 Kilogramm Preiselbeeren zur Verladung in die Großstädte, und die Beerenmenge, welche dieser Teil des Vogtlandes für seinen eigenen Bedarf zurückbehält, wird auf etwa 30 000 Kilogramm Heidelbeeren und auf 35 000 bis 40 000 Kilogramm Preiselbeeren berechnet. Wenn das auf Grund des neuen sächsischen Forst- und Feldstraßengesetzes erlassene allgemeine Waldverbot streng durchgeführt wird, so müssen in den ausgedehnten vogtländischen Waldungen die Beeren und Pilsz massenhaft zugrunde gehen, ohne daß irgendjemand aus dieser Regel ein Nutzen erwächse.“

Diese Folgen sind von uns vorausgesagt worden!

Chemnitz. Nachdem früher zwischen dem Rate und dem Verein für Feuerbestattung, dem Besitzer des Krematoriums, gepflogene Verhandlungen erfolglos verlaufen waren und scharfe Polemiken im Stadtvorordnetenkollegium und in der Presse im Gefolge hatten, ist es zwischen ihnen nun zum Vertragabschluss gekommen, dem die nächste Stadtvorordnetenversammlung zustimmen wird. Demnach geht das Krematorium am 1. Januar 1910 in den Besitz der Stadt über und diese übernimmt den Betrieb. Das Chemnitzer Krematorium ist bekanntlich das erste, das in Sachsen erbaut und in Betrieb genommen wurde und steht bezüglich der Benutzung in Deutschland mit an erster Stelle. Seit seiner am 16. Dezember 1908 erfolgten Inbetriebnahme fanden über 1500 Einäscherungen statt. Zunächst war nur ein Ofen eingebaut worden, aber schon im zweiten Betriebsjahre mußte die zweite Einäscherungsanlage hergestellt werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Aussicht der Pastel in der Sächsischen Schweiz fand man einen Mann, der schwer verwundet war. Wie sich herausstellte, hatte er sich in selbstmörderischer Absicht zwei Schüsse beigebracht. Er gab noch schwache Lebenszeichen von sich, starb aber bald. Der Leichnam wurde nach der Leichenhalle in Röhmen gebracht. Aus den Papieren konnte man ersehen, daß es sich um einen gewissen Werner handelte, dessen Wohnort noch nicht ermittelt werden konnte. Der Lebensmüde hatte etwas über 70 Mk. bares Geld bei sich. — Zwischen Weindöbha und Raundorf ließ sich ein unbekannter Mann von einem Güterzug überfahren. Der Lebensmüde wurde sofort getötet. — In Plauen verlor der Restaurateur Rath, als er um eine Straßenecke bog, die Gewalt über sein Rad und kam mit solcher Wucht zu Fall, daß er die Besinnung verlor und blutende Wunden am Kopfe davontrug. — In Plauen beugte sich das fünfjährige Söhnchen des Tischlers Paul Müller zu weit aus dem im zweiten Stockwerk befindlichen Fenster, verlor das Gleichgewicht und stürzte in den Hof. Der arme Junge erlitt schwere innere Verletzungen. — Unter Benutzung gefälschter Quittungen kassierte in Werdau ein bei einem Buchhändler als Kaufbursche in Stellung befindlicher 13jähriger Schulknaube bei verschiedenen Kunden Abonnementsgelder für Zeitchriften ein und unterschlug die empfangenen Beträge. — In Plauen waren die Schlosser Hornmann und Klynne mit dem Zusammenschweißen von Eisenstäben beschäftigt, wozu sie einen Autogen-Schweißapparat benutzten. Der Apparat, der mit Wasser gefüllt ist, erzeugt durch Zuführung von Karbid Gas, und dieses bringt nach Vermischung mit Sauerstoff eine starke Stichflamme hervor, daß selbst die stärksten Eisenstücke damit zusammengeschweißt werden können. Nach Beendigung des Schweißens wollte Hoffmann den Apparat reinigen. Zu diesem Zwecke zog er den Gasometer, der noch ziemlich heiß war, aus dem Apparat heraus. Im selben Augenblick bemerkte der daneben stehende Klynne, daß eine Flamme aus dem Apparat herausschlug. Ehe er aber Hoffmann davon verständigen konnte, erfolgte ein furchtbarer Anfall, und der Gasometer flog Hoffmann vor die Brust und gerschmetterte ihm alsdann die Rippenleiste und schlug noch an eine gegenüberliegende Wand an. Klynne wurde von dem Gasometer beim Herabstürzen noch auf den Kopf getroffen. Hoffmann hat außer der Beschmetterung der Rippenleiste schwere innere Verletzungen erlitten.

Aus den Nachbargebieten.

st. Aus Sachsen-Weimar. Das Ministerium gibt bekannt, daß die allgemeinen Neuwahlen der Abgeordneten für den Landtag Donnerstag, den 2. Dezember, vorgenommen werden. Die sozialdemokratische Partei hat in allen 23 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Doppelkandidaturen sind dabei vermieden worden. Es wird dies die erste Wahl im Großherzogtum sein, die unter dem neuen Wahlgesetz stattfindet, wonach das direkte Wahlverfahren auch bei den sogenannten allgemeinen Wahlen in Anwendung kommt. Eine Erleichterung der Wahlbeteiligung für die Arbeiterklasse enthält das Gesetz durch die Bestimmung, daß außer der Staatsangehörigkeit auch der Besitz des Bürgerrechts in einer Gemeinde des Landes notwendig ist und die Erwerbung des Ortsbürgerrechts mindestens eine zweijährige Ortsanwesenheit voraussetzt.

Sonneberg. Der Volksfreund berichtet: Vor einiger Zeit fand in den Räumen des Thüringer Volksfreund auf Veranlassung des ersten Staatsanwalts des Landgerichts II Berlin eine Hausdurchsuchung nach Platten, Material usw. des vom Genossen Strzelwitz verfaßten satirischen Niederbuches statt. Gefunden wurde bei uns nichts. In der Folge wurde dann gegen die drei Firmenträger des Volksfreundes, die Genossen Behder, Knauer und König sowie gegen den Genossen Horn das Verfahren wegen Beihilfe zu dem Strzelwitzschen Staatsverbrechen (Gotteslästerung) eingeleitet. Nunmehr haben die Genossen die Mitteilung erhalten, daß das Verfahren eingestellt ist. Eine weitere Hausdurchsuchung fand dieser Tage statt. Es handelt sich für den Staatsanwalt darum, den Urheber zweier Notizen aus Kaufha, in denen angeblich Verleumdungen des dortigen stellvertretenden Gemeindevorstandes enthalten sein sollen. Troz langen Suchens war auch diesmal der Liebe Mühe umsonst.

Ilmenau. Der Polizeikommissar Günsel, der seit einigen Tagen verschwunden war, ist erhängt aufgefunden worden. Er war Redner der Armentasse, Mitglied des Waisenausschusses usw. Wie verlautet, soll seit 1901 keine Abrechnung gelegt worden sein.

Gardelegen. Mancher hält den Mond für einen Kuhlste, das ist eine bekannte scherzhafte Redensart. Hier hat man den Mars wirklich fürs Juppelische Luftschiff gehalten. Seit einigen Abenden sieht man dort in den Straßen und an den Straßenecken vielfach größere Trupps von Straßengängern stehen und eifrig nach einem hellen Stern am Himmel schauen. Im Vordergrund hört man Aulse: „Zeppelin, Zeppelin“. Deutlich glauben einige der Beschauer das Surren der Propeller vom Zeppelinschen Luftballon zu vernahmen. Vielfach gingen diese Leute noch nicht auseinander, wenn ihnen erklärt wurde, daß das helle Licht von dem Planeten Mars herrühre, der in letzter Zeit besonders hell am stlichen Abendhimmel erstrahlt. Die Gardelegener mögen sich trösten, sie sind nicht die einzigen. Das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau hat den Mars für einen neuen Stern angelesen und diese Kunde in alle Welt hinausposaunt.

Aus der Umgebung.

Die elektrische Ueberlandzentrale Leipzig-Land in den Gemeinderäten.

Nachdem jetzt allmählich bekannt wird, in welcher Weise das Projekt einer elektrischen Ueberlandzentrale Leipzig-Land von der Amtshauptmannschaft betrieben wird, gibt es in den Gemeinderäten bedenklich lange Gesichter. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Verhandlungen mit der Außenbahngesellschaft gegen den Willen der Gemeinderatsvertreter geführt worden sind, die dem Projekte nur unter der Voraussetzung zugestimmt haben, daß das Privatunternehmertum ausgeschaltet und das ganze Werk in eigne Regie des Verbandes übernommen werde. Am Sonnabend beschäftigte sich auch der Gemeinderat von Hartmannsdorf mit der Angelegenheit. Der Vorsitzende legte zwei Exemplare des nun als maßgebend zu betrachtenden Verbandsstatuts zur Unterschrift vor.

Der Vertreter Gottschalch ersuchte aber zunächst um einen Bericht über die am 4. September in Leipzig abgehaltene Verbandsversammlung. Zur Begründung seines Verlangens führte er aus: Die Tagespresse veröffentlicht die Tatsache, daß Unterhandlungen mit der Außenbahngesellschaft stattgefunden haben, in deren Verlaufe ein Vertrag zustande gekommen sein soll, der zwar die Verträge mit der Thüringer Gasgesellschaft aufhebt, die Gemeinden aber aus neue auf 30 Jahre an die Außenbahngesellschaft bindet. Diese Tatsache ist auch im Oesgcher Gemeinderat berichtet worden.

Hierauf teilte der Gemeindevorstand mit, daß der Sitz des Verbandes nach Oesgch gelegt und als Leiter des Elektrizitätswerkes der ehemalige Gemeindevorstand Schwalbe von Schönefeld in Aussicht genommen worden ist. Für jeden der sieben Verbandsbezirke ist ein Vertreter bestimmt worden, der die Wahl eines Beisitzers und eines Stellvertreters zum Vorstände zu veranlassen hat. Für den fünften Bezirk, dem die Gemeinde Hartmannsdorf angehört, ist der Gemeindevorstand Harnisch in Anauhain ernannt worden. Der Bezirk wird aus 31 Gemeinden gebildet. Der Amtshauptmann hat ferner der Verbandsversammlung mitgeteilt, daß den Gemeinden außer dem in einzelnen Punkten abgeänderten Statut das Ergebnis der mit der Außenbahngesellschaft gepflogenen Verhandlungen im Druck zugestellt wurden. Hiernach scheint es, als wolle man die elektrische Kraft in dem Elektrizitätswerk Leipzig-Land nicht selbst erzeugen, sondern daß man erstlich daran geht, mit der Außenbahngesellschaft einen Vertrag abzuschließen. Ferner berichtet der Vorsitzende, daß auf Veranlassung des Gemeindevorstandes Harnisch eine Besprechung der Vorstände der Bezirksmunicipalitäten stattgefunden habe, in der man sich einigte, als Beisitzer in den Verbandsvorstand den Ingenieur Gildemeister in Klein-Miltitz, und als Stellvertreter den Gemeindevorstand Mery in Oesgchen Gemeinderäten zur Wahl zu empfehlen.

Der Bericht wurde vom Gemeinderat mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Der Vertreter Gottschalch erklärte, nach dem hier erstatteten Bericht bestätigten sich die von der Leipziger Volkszeitung gemachten Mitteilungen, daß es sich bei der Errichtung des Elektrizitätswerkes nicht um ein Unternehmertum der Verbandsgemeinden handle, sondern darum, daß die Gemeinden von neuem durch langfristige Verträge nur als Konsumenten elektrischer Kraft einem Privatunternehmen ausgeliefert werden sollen. So wie jetzt das Projekt eines Elektrizitätswerkes aussehen werde, sei es von keinem Vertreter, der im Prinzip für die Errichtung eingetreten ist, gewünscht worden. Auch der Amtshauptmann von Kostitz-Dallwitz sei in der ersten Gemeinderatskonferenz, in der er den Vertretern seinen Plan unterbreitete, von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen. Fast wörtlich habe er in dieser Konferenz erklärt, daß es sich bei Errichtung einer Ueberlandzentrale darum handle, die Gemeinden zu schützen vor langfristigen Verträgen mit Privatgesellschaften, ferner aber auch darum, die Entwicklung der Technik nicht dem Privatkapital, sondern den Gemeinden, dem Kleinhandwerk und der Landwirtschaft zugute kommen zu lassen. Man könne heute noch nicht voraussagen, wie praktisch, und vor allen Dingen wie billig sich in Zukunft noch mit der Elektrizität arbeiten lasse. Sollte der Amtshauptmann seine Ansicht geändert haben? Nachdem man wisse, daß der bisherige provisorische Ausschuss streng auf dem Standpunkte der eigenen Stromerzeugung stand, mache einen der letzten Stand der Dinge stutzig. Der Gemeindevorstand Heller, Oesgch, der als Mitglied des Ausschusses in der Gemeinderatskonferenz Bericht über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses erstattete, habe in seinem Referate mitgeteilt, daß außer den Elektrizitätswerken, von denen Kostentanschläge eingefordert worden waren, auch die Außenbahngesellschaft ersucht habe, mit dem Ausschuss wegen Abgabe von Elektrizität an die Ueberlandzentrale in Unterhandlung zu treten. Dem Ersuchen sei stattgegeben. Es sei aber zwecklos, weitere Verhandlungen mit der Außenbahngesellschaft zu pflegen, vielmehr könne das Elektrizitätswerk nur gedacht sein als ein solches mit eigener Stromerzeugung, wie es von der Mehrzahl der Gemeinderäte gewünscht worden. Sollte auch Herr Heller bzw. der Ausschuss seinen Standpunkt aufgeben haben?

Gottschalch empfahl dem Gemeinderat, unter diesen Umständen vorläufig von einer Unterschrift der Statuten abzusehen, bis das vom Amtshauptmann versprochene Ergebnis der Verhandlungen mit der Außenbahngesellschaft vorgelegen hat. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Auch von der Wahl des Beisitzers zum Verbandsvorstand empfahl Gottschalch abzusehen und den Gemeindevorstand Harnisch zu beauftragen, eine Bezirksversammlung der Gemeinderäte einzuberufen und dort die Wahl vornehmen zu lassen. Die Art, in der hier die Wahl vorgenommen werden solle, bestritt er nicht. Es müsse allen Mitgliedern der Gemeinderäte Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern, und vor allen Dingen auch die Stellungnahme der Kandidaten kennen zu lernen. Im übrigen bildeten nicht die Gemeindevorstände, sondern die Gemeinderäte in ihrer Gesamtheit den Bezirk. Auch dieser Vorschlag wurde angenommen.

Auch im Oesgcher Gemeinderat scheint man alles andere als erfreut zu sein, um so mehr, als bei der Art, wie man in

Oesgch Steuerpolitik treibt, das Ausbringen der Beiträge besondere Schwierigkeiten macht. Es wurde dort von einem Vertreter festgestellt, daß die Oesgcher Bevollmächtigten überhaupt nicht in der Lage seien, ein klares Bild zu geben. Die Berichte in der Nachbargemeinde Oesgch deuteten aber darauf hin, daß durch Verrat des Projektes an die Kapitalisten der Außenbahngesellschaft der ganze Plan wertlos geworden sei.

Die Unzufriedenheit scheint also allgemein zu sein, womit freilich nicht viel getan ist. Vor allem bekommt man noch immer kein klares Bild über die Verhandlungen, denn in den Gemeinderäten scheint man ja selbst nichts zu wissen. Und die Amtshauptmannschaft scheint es im Gegensatz zu der Betriebsamkeit, die sie sonst beim Betreiben des Projektes an den Tag legt, mit der Aufklärung über den Vertrag mit der Außenbahngesellschaft nicht besonders eilig zu haben. Jedenfalls haben die Gemeindevorteiler in den einzelnen Orten alle Ursache, bevor ihnen nicht Gewißheit geworden ist, sehr zurückhaltend zu sein.

Schönefeld. Einbrecher. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden in Raas Gartenanlagen in verschiedenen Familiengärten Einbrüche verübt. Die Diebe haben verschiedene Sachen demoliert und alles durchwühlt. Zum Teil haben sie sich einer Bauklammer, K. Z. gezeichnet, bedient, die auf der Polizeiwache zu Schönefeld ausliegt.

Sitzung. Impfung. Die letzte diesjährige öffentliche unentgeltliche Impfung findet Mittwoch, 22. September, nachmittags 1/4 Uhr, in der Turnhalle der Schule statt. Die Nachschau erfolgt Mittwoch, 29. September, nachmittags 1/4 Uhr.

Sommerfeld. Einwohnerversammlung. Der unanständige Gemeindevorteiler hat für morgen Abend nach dem Albertpark hierseits eine Versammlung der unanständigen Einwohnerstadt einberufen, in der er seinen Wählern Bericht erstatten wird und über einige schwebende wichtige kommunale Angelegenheiten ihre Meinungen hören will. Die Arbeiter werden um zahlreiches Besuch der Versammlung ersucht.

Die Gemeinde, Armen-, Feuerlösch- und Standesamt-Abrechnung auf das Jahr 1908 liegt vier Wochen lang zu jedermaßen Einsicht in den üblichen Expeditionsstunden auf dem hiesigen Gemeindeamt aus.

Tauscha. Verhängnisvoller Sturz. Ein Arbeiter der chemischen Fabrik in Tauscha stürzte von einer Plattform und zog sich am Hinterkopfe und an der Wirbelsäule so schwere Verletzungen zu, daß er mittels Krankenwagens in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die eilends entnommenen nach Eindrücken einer Fensterscheibe aus einem Grundstücke der Eisenburger Straße ein Fahrrad, Marke Pyra Nr. 400 595 mit Freilauf und verschiedene Paar Hitzschuhe und Stie.

Vorsdorf. Gemeinderatsitzung am 18. September. Aus einem Schreiben der Kreisbauhauptmannschaft geht hervor, daß sich diese Behörde für die Lösung der Wasserleitungsfrage sehr interessiert. Sie ist, wie bereits berichtet wurde, mit der Stadt Leipzig in Verbindung getreten. — Von der Herstellung eines Fußweges an dem Heinrichsdorfer Grundstücke am Biadukt wurde vorläufig abgesehen. Der Fußweg-Kreuzstreifen wurde dem Grundstückbesitzer bis auf weiteres pachtweise als Vorgarten überlassen. — Vaugesuche des Glasermeisters Franke, wegen Erbauung eines Schlaghauses mit Verkaufsräum im Grundstücke Leipziger Straße 41 und des Käserelbesitzer Weise, wegen Anbau eines Pferdestalles, wurden genehmigt. — Weil die Genehmigung des Bauantrages für den nördlichen Teil des Grundstückes, nach dem die Straße liegt, und deshalb die geplante Kläranlage noch nicht gebaut werden kann, wird vom Bauantragsbesitzer die vorläufige Aufstellung eines sogenannten Krenner-Klar-Apparates in der Nähe des Steigerturnes empfohlen. Wegen antwortiger Kostentragung soll mit dem Frauenheim verhandelt werden. — Dem Berichte des Feuerlösch-Ausschusses ist zu entnehmen: Am Steigerplatz werden zwei Laternen aufgestellt; für den Feuerwehrhauptmann wird ein Regenmantel angeschafft; die zweite Spritze wird der Freiwilligen Schutzmansschaft überwiesen. In der Zeit vom 20. bis zum 30. September wird eine Feueralarm-Übung abgehalten, an der sich auch die Freiwillige Schutzmansschaft beteiligen muß. — Nach einem Antrage des Gemeinnützigen Vereins soll das Wahlrecht für die Gemeinderatswahlen dahin abgeändert werden, daß die Klassen der Hausbesitzer nicht nur nach Grundsteuer-Einheiten, sondern nach Grundsteuer-Einheiten und Gemeinde-Einkommensteuer eingeteilt werden. Herr Montag macht die Eingabe zur Kenntnis. Der Wahltag ist bereits auf Sonntag, den 5. Dezember, festgesetzt. Deshalb kann an eine Änderung des jetzigen Wahlmodus für die diesjährige Wahl nicht gedacht werden. — Die anderweite Unterbringung des Waisenknaben S. wurde dem Hofratsauschuss überwiesen. — Das mehrfach besprochene Ortsgesetz über die Regelung der Arbeitszeit und der Verkaufszeiten im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen wurde vom Bezirksauschuss genehmigt. Nach Vornahme einiger redaktioneller Änderungen tritt das Ortsgesetz demnächst in Kraft. — Die Pflasterung der Fußwege in der Heinrichstraße soll wieder einmal beschleunigt werden.

Brandis. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Mehlisch aus Stettin über Reichs- und Landespolitik. Der Redner gedachte besonders der Entziehung des sächsischen Volkes durch die Wahlrechtsveränderung und fordert zum einmütigen Protest bei der Landtagswahl auf. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an den Stadtgemeinderat zu Brandis zu machen, die Wahlzeit am Wahltag bis abends um 7 Uhr festzusetzen.

Sittleritz. Scheuerfest. Wegen Reinigung der Diensträume des hiesigen Rathauses bleiben Donnerstag, 23. September, die Kassen — einschließlich Sparkasse — und das Meldeamt, Freitag, 24. September, die Registraturen und Sonnabend, 25. September, das Bauamt und das Vollstreckungsamt für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Das Standesamt ist an den genannten Tagen wie gewöhnlich geöffnet.

Proßheide. In einer imposanten Volksversammlung geistelte Genosse Mehlisch aus Stettin die Politik der bürgerlichen Parteien in dem Reichs- und den Landesparlamenten. Im Anschluß hieran kritisierte Genosse Dietrich das sächsische Wahlrecht. Mit einem Appell an die Anwesenden, dem Ortsverein beizutreten und die Arbeiterpresse zu unterstützen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Leutzsch. Eine empörende Rücksichtslosigkeit. Berechtigten Unwillen erregte der Transport eines kranken Arbeiters, der in der Bekerschen Eisengießerei, einer Justizstation für die gelben Organisationen, durch einen Betriebsunfall verunglückt war. Der Bedauernswerte, dem durch glühendes Eisen die Füße verletzt waren, war auf einen zweirädrigen Karren gelagert, der über das schlechte Pflaster stolperte, was dem Verunglückten, der sich wiederholt aufraufen wollte, schließlich die Schmerzen vergrößerte. Wahrscheinlich hatte es die Geschäftsleitung, da es sich ja „nur“ um einen Arbeiter handelte, nicht für nötig gehalten, einen Krankenwagen zu requirieren. Die Straßenpassanten gerieten über diese empörende Rücksichtslosigkeit in begriffliche Erregung.

Böhlitz-Ohrenberg. In einer am Freitag, 17. September abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung, die von circa 500 Personen besucht war, referierte Genosse Bauer über: Reichspolitik und Landespolitik. Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Resolution, die sich im Sinne der Ausführungen des Referenten hält, wurde einstimmig angenommen.

Anauhain. Aus dem Gemeinderat. In der am 17. September abgehaltenen Sitzung stand die Wahl eines Vertreters und eines Stellvertreters in den Vorstand des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land auf der Tagesordnung. Von 21 Gemeindevorständen aus dem fünften Bezirk, die am 18. September beim Gemeindevorstand Harnisch zusammengekommen waren (1), wurden die Herren Aboc, Gildemeister in Miltitz, und Gemeindevorstand Mery von Oesgch vorgeschlagen, dem Vorschlag wurde zugestimmt. — Als Revisoren für die jetzt fertiggestellte Gemeinderrechnung für 1908 wurden die Herren Richter, Leonhardt und A. Weber wiedergewählt. — Ein Gesuch der Frau Müsch, um Erlaubnis zur Annahme eines Ziehendes, wurde genehmigt.

Hartmannsdorf. In der Gemeinderatsitzung vom 18. September wurde zunächst das Statut der elektrischen Ueberlandzentrale zur Unterschrift vorgelegt. Nach einer längeren Debatte (die Ausführungen finden die Leser an anderer Stelle) wurde einstimmig beschlossen, die Unterschrift vorläufig zu verweigern, bis von der Amtshauptmannschaft nähere Aufklärung gegeben worden ist. In der Zeit vom 21. bis 28. September findet eine Nachbildung der freiwilligen und Pflichtfeuerwehren der umliegenden Ortsteile statt. Als Alarmort ist Hartmannsdorf bestimmt. — Sollte der bisherige Pächter der sogenannten Ochsenwiese nicht auf einen neuen Pachtvertrag eingehen, soll diese Wiese anderweitig verpachtet werden. — Als Gemeindebienner und Nachtwächter wurde von sechs Bewerbern der hier wohnhafte Fabrikarbeiter Rasche gewählt.

Schleuditz. Eine unheimliche Ziehmutter. Die Ehefrau Emma Gäßchel von hier hatte sich wegen Mißhandlung ihres sechsjährigen Pflegekindes, des Anaben Seidel, vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Sie hatte zum Schlagen einen Riemen benutzt, an dessen Ende sich eine eiserne Schnalle befand, und von ihrem „Rüchtigungsrecht“ in so ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht, daß das Kind über den ganzen Körper blutunterlaufene Stellen aufwies, an denen die Abdrücke der Schnalle deutlich zu erkennen waren. In der Verhandlung verfuhr die Angeklagte zu leugnen und behauptet, der Junge habe sich die wunden Stellen beim Waschen mit andern Anaben zugezogen. Sie habe nur mit einem paar Strumpfriemen geschlagen, weil der Junge zu lange von zu Hause fortgeblieben sei. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Kleinwächter, ist das Kind in ganz unbarmherziger Weise mißhandelt worden. Der Amtsanwalt beantragte wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeuge, die leicht eine gesundheitliche Schädigung des Kindes zur Folge haben konnte, 2 Monate Gefängnis. Das Schöffengericht nahm an, daß die Frau durch die fortgesetzte Mißhandlung des Jungen gereizt worden sei, erkannte aber mit Rücksicht auf die bezügliche Brutalität auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Schleuditz. Ortskrankenkasse. Vom 22. d. M. ab befindet sich das Bureau der Ortskrankenkasse im Schäferschen Neubau in Veders Privatstraße. Die wesentliche Ausdehnung der Kasse bedingte die Anstellung eines zweiten Beamten. Die sehr engen Räume des jetzigen Kassenlokals wurden viel zu klein. Mit Inkrafttreten der Familienunterstützung wird der Verkehr im Kassenlokal auch noch bedeutend erhöht. Geöffnet ist die Kasse an allen Werktagen von 8 bis um 1 Uhr und von 2 bis um 6 Uhr und Sonnabends durchgängig von 8 bis um 6 Uhr.

Gaußsch. In der Gemeinderatsitzung vom 17. September wurde über die am 7. September vorgenommene Straßensanierung berichtet. Es sind dabei größere Ausstellungen gemacht worden, die einer gemeindlichen Uebernahme entgegenstehen. Ein genauer Bericht soll dem Gemeinderat noch zugehen. — Dem Vorschlag der Bauherrschaft die Genehmigung zur Ausführung verweigert worden, weil er dem Ortsabgesehe nicht entspricht. — Die Angliederung der Gutsbezirke Lauer und Cospuden an den Wahlbezirk Gaußsch zur Landtagswahl stimmte der Gemeinderat zu. — In der Wählerliste sind 327 Wähler mit je einer Stimme, 142 Wähler mit je zwei Stimmen, 72 Wähler mit je drei Stimmen, und 164 Wähler mit je vier Stimmen verzeichnet. 30 Wähler gehen des Wahlrechts wegen Armenunterstützung und rückständiger Steuern verlustig. Zwei Fälle unterliegen der Entscheidung des Bezirksauschusses. — Dann wurde eine umfangreiche Erinnerungsschrift der Regierung verlesen, die Vorschläge enthält, die die gemeindliche Verschuldung verhindern sollen. Für in Aussicht stehende, neu zu schaffende Einrichtungen sollen Fonds angesammelt werden, um den Nachkommen ein Wirtschaften ohne Ueberschuldung zu ermöglichen. Im Anschluß hieran sollte der Gemeinderat einem Darlehen von 30000 Mk. zu 4 Proz. für einen Gemeindebetriebsfonds zustimmen, das Geld soll in kurzen Tilgungsrufen zurückgezahlt werden, was hier in Gaußsch nur durch erhöhte Sätze der Gemeindeeinkommensteuer möglich ist. Unsere Vertreter der 5. Klasse wiesen dieses Ansuchen zurück. Auf diesen Mangel der Betriebsmittel wurde schon seit Jahren und bis heute noch durch unsere Vertreter hingewiesen und der Weg gezeigt, auf dem es möglich sei, die laudenden Einnahmen zu erhöhen. Wiederholt ist gefordert worden, daß, wie in anderen Vorortgemeinden, das veraltete Grundsteuerwesen in eine Grundwertsteuer umgewandelt und der Anlage der Gemeindeeinkommensteuer nach dem Tarife der Staatssteuer mit Prozentzuschlägen in dem Ortsgesetz festgelegt werde. Unsere bürgerlichen Vertreter ziehen es aber vor, alle Verbesserungsanträge des Vorteils der Grundstückbesitzer wegen niederzulassen. Das Darlehen wurde gegen die zwei Stimmen der Arbeitervertreter bewilligt. Das wird sich in der Steuerhöhe der nächsten Jahre sehr sichtbar machen. Anstatt die unverdienten Gewinne des Grundbesitzes zur Steuer mit zu veranlagen, genießen die Spekulanzen eine Fürsorge und Rücksicht, die die Empörung der Gemeindeglieder von Jahr zu Jahr steigern muß. — Ueber die geplante elektrische Ueberlandzentrale konnten die bevollmächtigten Vertreter kein klares Bild geben. Die Veröffentlichungen der Nachbargemeinde Oesgch deuten aber darauf hin, daß durch Verrat des Projektes an die Kapitalisten der Außenbahngesellschaft, der ganze Plan wertlos geworden ist. — Der Fußweg westlich der Coburger Straße soll nach Ausbesserung einiger Stellen von der Gemeinde übernommen werden. Ebenso geht der Schmutzplatz an der Oststraße in die Unterhaltungspflicht der Gemeinde über. Der Fußweg vom Forsthaus neben der Straße bis zur Eisenbahnüberführung soll ausbessert werden. — Die Bedamme Winkler tritt in den Ruhestand. An ihrer Stelle wurde Frau Ida Müller vorgeschlagen und gewählt. — Der Gemeindebrennen in der Vornagasse soll wegen der schlechten Beschaffenheit des Trinkwassers zugeschlüsselt werden. — Der § 21 der Pflichtfeuerwehrrordnung wurde dahingehend geändert, daß die Jahrgänge vom 25. Jahre an nur noch bis zum 30. Lebensjahre zur Pflichtleistung herangezogen werden. Seither war dies bis zum 35. Jahre der Fall. Am 3. Oktober soll eine Übung der Pflichtfeuerwehr erfolgen. Die Aufforderung soll durch den Gemeindevorstand, und zwar durch Ladung erfolgen.

Wahren. In einer öffentlichen Versammlung, die hier am 17. September abgehalten wurde, wurde nach einem Referat des Genossen Adolf Hoffmann über Reichs- und Landespolitik einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung verurteilt die Politik, wie sie im Reiche und

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. September.

Geschichtskalender. 20. September 1883: Der Altertumsforscher Jakob Grimm in Berlin gestorben. 1898: Der Dichter Theodor Fontane in Berlin gestorben. 1908: Englisch-deutsche Arbeiterverbrüderung in Berlin.

Sonnenaufgang: 5,43, Sonnenuntergang: 6,3. Mondaufgang: 11,51 vorm., Monduntergang: 9,14 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. September: Südwestliche Winde, zeitweise Aufhellung, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

Der Steuerzettel im nächsten Jahre

wird aller Voraussicht nach keine höheren Opfer heischen, als es dieses Jahr der Fall war. Freilich dürften sich Erwartungen auf eine Herabminderung ebensowenig erfüllen. So viel aber steht fest, daß in diesem Jahre zu viel Steuern erhoben worden sind, was jetzt auch der Rat in einem Schreiben an die Stadtverordneten unumwunden zugibt. Als der Rat im März den Stadtverordneten die Vorlage über die Erhebung des Steuerzettes zugehen ließ, war die Schätzung des Stadtsteueramtes noch lächerhaft; es fehlten noch sechs Distrikte, die aber später eine bedeutende Erhöhung des Einkommens ergaben; es kamen noch — unerwartet! wie der Rat sagt — hohe Mehreinnahmen aus dem erstmaligen Wegfall des Fünftelabzugs bei den Festbesoldeten und aus der Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften m. b. H. hinzu, so daß sich das Soll des Normalsteuerjahres um rund 400 000 Mk. höher stellte.

Wegen des „vielen Geldes“, das dem Rat auf diese Weise in den Schoß gefallen ist, tröstet er die leidtragenden Steuerzahler folgendermaßen:

Im übrigen wird es den städtischen Finanzen und damit den Steuerzahlern im nächsten Jahre sehr zu statten kommen, daß die Steuern für das laufende Jahr etwas reichlich erhoben sind. Sollte, was heute durchaus noch nicht feststeht, sich ein entsprechend großer Ueberschuß für das Jahr 1909 ergeben, so würden damit die Kasseeinlagen auf diese Weise eine in Anbetracht der zu erwartenden hohen Anforderungen an die Steuerkraft höchst willkommene Stärkung erfahren, und hoffentlich die Mittel gewähren, eine stärkere Inanspruchnahme hintanzuhalten.

Der Rat kann versichert sein, daß die Stadtverordneten ihm für das kommende Jahr nicht einen Pfennig mehr bewilligen würden, auch wenn er sich buchstäblich auf den Kopf stellte. Es ist auch schlechterdings nicht abzusehen, wie der Rat ein weiteres Anziehen der Steuerstränge begründen wollte.

Die Biersteuer. Die Biersteuer haben in ihren Kassen die Brauereien einige Vorteile errungen. Mehrere ringreife Brauereien haben sich erboten, das Bier trotz der Brauenerhöhung zu den früher ordentlichen Preisen zu liefern. Mit der Genossenschaftsbrauerei in Burgkauen ist bereits ein Abkommen getroffen, nach dem das Lagerbier 17,80 Mk., Bier nach Pilsener Art 20 Mk., nach Kulmbacher Art 21 Mk. kosten soll. Abschlässe mit anderen Brauereien stehen bevor.

Zwischen Vertretern der Frankfurter Brauereien, den Biervereinigungen und den Vertretern der Partei und Gewerkschaften ist nach langen Verhandlungen folgende Vereinbarung getroffen worden: Die Brauereien verpflichten sich, den Preisaufschlag — und zwar rückwirkend vom 1. September — von 3 auf 2,50 Mk. zu vermindern und anzuerkennen, daß die Birte den Ausschank um 1 Pfg. für 0,3- und 0,4-Glas und um 2 Pfg. bzw. 1 Pfg. für die ganze bzw. halbe Flasche erhöhen. Die Biervereinigungen sind bereit, den Wirten zu empfehlen, für das 0,2-Glas 10 Pfg., 0,3 11 Pfg. und 0,4 13 Pfg. zu erheben. Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verpflichten sich, die Annahme dieser Vereinbarung in Volksversammlungen zu empfehlen. — Werden diese Vereinbarungen angenommen, so ist der Bierkrieg wahrscheinlich zu Ende.

In Berlin ist der Bierkrieg in ein neues Stadium eingetreten. Die von den Weißbierbrauereien gemeinsam mit den Berliner Gastwirtvereinen vereinbarte Erhöhung des Preises für die kleine Weiße von 10 auf 13 Pfg. und für die große Weiße von 20 auf 25 Pfg. hat sich in der Praxis als undurchführbar erwiesen. Namentlich in den Arbeitervierteln gelang es den Gastwirten nicht, die Gäste zur Zahlung eines höheren Preises zu veranlassen, und sie verkauften weiter zu den alten Preisen. Auch die für solche Fälle vorgesehene Entziehung der Bierlieferung ließ sich nicht durchführen, weil dadurch die Berliner Weißbierproduktion noch mehr als bisher zurückgegangen wäre, und weil einzelne Brauereien die Vereinbarungen nicht mehr innehielten. — Um den vollständigen Niedergang der Berliner Weißbierbrauerei zu verhindern, haben nun neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Weißbierbrauereien mit den Vorständen der Gastwirtvereine stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß neben dem Weißbier mit dem garantierten Würzgehalt von 10 Proz. eine zweite Sorte Weißbier von geringerer Qualität in den Handel gebracht werden soll, das zu den bisherigen Preisen von 10 und 20 Pfg. verkauft werden kann.

Der Reichsschatzsekretär Bermuth hat eine Deputation des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft empfangen, Eingetragener Verein, Sitz Berlin, zur Entgegennahme von Wünschen, die das Brauergewerbe hegt, insbesondere in bezug auf die Schwierigkeiten, die ihm in der Abwälzung der Brauenerhöhung auf den Konsum überall erwachsen, ferner in bezug auf die Verzollung ausländischen Bieres und auf die Stundung der Steuern.

Gegen die Bekämpfung des Händlerberufs.

In einer vom Verein der Händler Leipzig gestern abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte der Verbandsvorsitzende Feldmeier aus Essen über das obige Thema. Von den Behörden wie von der Gesetzgebung werde der Händlerberuf unterdrückt. Wenn die Händler, so führte der Referent weiter aus, sich gegen die ununterbrochene Bedrückung wehren wollten, so müsse ihnen nur der Zusammenschluß in der Organisation und das Eingreifen bei den Wahlen. Den Arbeiterkandidaten sollten sie ihre Stimme geben. Die bürgerlichen Vertreter verprüden den Händlern vor der Wahl alles mögliche, um sie hinterher dann im Stich zu lassen. Feindselig stehen den Händlern auch die Handelskammern gegenüber; ihre sogenannten Gutachterurteile, reden, der Vernichtung, des Straßenhändlerberufs

das Wort. Unter den sogenannten Antihändlervereinen verbergen sich nur die mittelständlerischen Konkurrenten. Gegen diese Antihändlervereine sich zu wenden, sei Aufgabe jedes Berufstoleranten. Zum Schlusse besprach der Redner dann noch die lokale und zentralistische Organisationsform und forderte zum Anschluß an den Verband auf.

Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten in ihren Ausführungen zu. Die Versammlung hat insofern auch eine praktische Wirkung, als eine außerordentliche Generalversammlung des Händlervereins am 7. Oktober den Uebertritt in den Verband beschließen wird.

In der von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution wird die Zentralisation als die entsprechende Organisationsform für die Händler anerkannt und vom Staate die Zulassung der Händler zu den Schöffsen- und Geschworenenämtern gefordert sowie die Zulassung zur Krankenversicherung. Weiter wird in der Resolution die Schaffung von Kleingewerbetaxen gefordert.

Ueber Reichspolitik und Landespolitik sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Lehmann aus Mannheim in einer im Schützenhaus in L.-Sellenhausen abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung. Der Redner getakelte die schmähliche Haltung der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten und wies nach, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Interessen des Volkes vertritt. Zum Schlusse gedachte der Redner der kommenden Landtagswahl in Sachsen, die eine Gelegenheit biete, den bürgerlichen Abgeordneten für ihre volks-schädigende Politik die Quittung auszustellen.

Zum Wohnungswechsel. Für die Abonnenten unseres Blattes, die am Quartalschluß umziehen, liegt eine Karte bei, auf der sie der Expedition ihre neue Wohnung mitteilen sollen, damit in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt.

„Straßenmädchen“ oder „Straßenweib“. Einen für die Beurteilung der Rechtslage wichtigen Unterschied zwischen den Worten „Straßenmädchen“ und „Straßenweib“ machte die 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die als Klägerin auftretende Verkäuferin Käthe S. hatte ihre Stellung beim Lotteriefollektor Kröger sofort verlassen, weil sie vom Chef beleidigt worden war. Wegen eines Defizits in der Kasse war ein kleiner Streit ausgebrochen, bei welchem der Unternehmer der Verkäuferin sagte: „Sie benehmen sich wie ein Straßenmädchen“. Die Klägerin hielt ihm darauf diesen Ausdruck vor, erklärte, daß sie ihn als schwere Ehrenkränkung empfinde, und ging fort. Aber schon am nächsten Tage erhielt sie einen Brief vom Prinzipal, mit dem ihr letzterer zur Richtigstellung mittelte, er hätte nicht Straßenmädchen, sondern Straßenweib gesagt. Diese Behauptung hielt der Beklagte auch in der Verhandlung aufrecht. Die Klägerin habe ihn durch ihr lautes Randalieren im Geschäftslokal so gereizt, daß er ihr vorhielt, sie benehme sich wie ein Straßenweib, das etwa den Sinn wie „Hölerweib“ haben sollte. Das Kaufmannsgericht nahm eine Beweisaufnahme vor, um festzustellen, welcher von den beiden in Frage stehenden Ausdrücken gefallen war. Die Vernehmung eines Zeugen ergab nun, daß der Beklagte das Wort „Straßenmädchen“ gebraucht hatte. Auf Grund dieses Ergebnisses hielt das Kaufmannsgericht die Klägerin für berechtigt, sofort den Dienst zu verlassen, ohne daß sie damit ihrer Gehaltsansprüche bis Ablauf der Kündigungsfrist verlustig gese. Die Deutung des Wortes „Straßenweib“ im Sinne von „Hölerweib“ erschien bei dem Verhalten der Klägerin als im Bereiche der Möglichkeit liegend. Bei dem Ausdruck „Straßenmädchen“ sei aber eine solche Deutung ausgeschlossen, das könne vielmehr nur so gedeutet werden, daß Beklagter die Klägerin mit einer schweren Ehrenkränkung der Klägerin in die Welt setze.

Nachwirkung der Zündwarensteuer für die betätigte Industrie. Zwischen den deutschen Fabriken und den Großhändlern von Zündwaren haben seit Jahren Lieferungsverträge bestanden, ohne daß von der Industrie die strenge Innehaltung der Abnahmetermins durch die Großhändler verlangt wurde. Auf diese Weise waren sehr erhebliche Lieferungen noch rückständig, als das Zündwarensteuergesetz durchging. Um nun die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gegebene Frist für den Verkauf steuerfreier Streichhölzer auszunutzen, verlangten die Großhändler die sofortige Lieferung aller noch rückständigen Aufträge. Hierzu waren die deutschen Fabriken naturgemäß nicht imstande, trotzdem sie ihre Betriebe, soweit nur irgend möglich, ausnützten. Die Genehmigung zu Ueberstunden in den Fabriken wurde von verschiedenen Regierungen nicht erteilt, weil man die bevorstehende Einführung der Steuer als keinen ausreichenden Anlaß anerkannte. Da nun die Großhändler infolge des Sturmes auf die Streichholzvorräte in den Detailgeschäften zur Ausführung ihrer vereinbarten Lieferungen gezwungen wurden, bezogen sie den sehr erheblichen Teil ihres Bedarfs, der von den deutschen Fabriken nicht geliefert werden konnte, aus dem Auslande zu den durch den Zoll erhöhten Preisen. Diese Preisdifferenz ist nun von den Großhändlern gegen die deutschen Fabriken eingeklagt, wobei es sich um sehr bedeutende Summen handelt. Von den Fabriken wird in dem Rechtsstreit force majeure eingewendet; mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten.

Keine Klage gegen das Hoheitsrecht der Post. Ueber die Berechtigung der Postverwaltung zur Ausübung eines Hoheitsrechts und über die Verpflichtung zum Erfolge des hierdurch eines Dritten entstandenen Schadens kann im ordentlichen Rechtsweg nicht gestritten werden. Diesen wichtigen Grundsatz hat das Reichsgericht in einer neueren Entscheidung ausgesprochen. Eine Privatbeförderungsgesellschaft hatte unverschlossene Briefe, Karten, Druckfassen, Warenproben usw. an bestimmte Empfänger in der Briefe befördert, daß sie ihren Boten eine größere Anzahl von Exemplaren und Begleittheilen, die den Namen und die Wohnung der Empfänger enthielten, übergab. Die zuständige Ober-Postdirektion teilte der Gesellschaft mit, daß in dieser Bestimmung ein Verstoß gegen Art. 3 der Postgesetznovelle vom 20. Dezember 1898 liege, und forderte sie auf, diese Beförderung zur Vermeidung der Strafverfolgung einzustellen. Die Gesellschaft erbot daraufhin die Klage und beantragte, festzustellen, daß dieses Verbot unbegründet sei. Die Klage ist in erster und zweiter Instanz wegen Unzulässigkeit des Rechtswegs abgewiesen worden. Auch die eingelegte Revision wurde abgewiesen. Das reichsgerichtliche Urteil tipfelt in folgenden Sätzen: Die Postbehörde ist auch bei Verfolgung der verbotenen Handlungen ein staatliches Hoheitsrecht aus. Auch die Ermittlung, Verwarnung und Anzeige von Kunden liegt im Rahmen dieses staatlichen Hoheitsrechts der Post. Aus solchen in den Grenzen des staatlichen Hoheitsrechts liegenden Maßnahmen ist eine Feststellungsklage auf Duldung der Beförderung, Unterlassung der Störung oder Schadenersatz nicht gegeben.

Sammlung von Druckfassen. Druckfassen, die von den Behörden veröffentlicht werden, aber im Buchhandel nicht erschienen, werden seit einigen Jahren an den öffentlichen Biblio-

theken gesammelt. Die Behörden sind von den Zentralinstanzen angewiesen, solche Druckfassen den bestimmten Bibliotheken zugehen zu lassen. Den Provinzial- und Stadtbibliotheken gehen im Allgemeinen nur die Druckfassen zu, die ihren Bezirk betreffen. Der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf hat die Birte ausgesprochen, daß die Bestimmungen über die Ueberweisung der von den Behörden veröffentlichten, im Buchhandel nicht erschienenen Druckfassen an die Bibliotheken auch auf die Landes- und Stadtbibliothek in Düsseldorf ausgedehnt werden mögten. Die betreffende Verfügung ist deshalb jetzt von den zuständigen Ministern dahin erweitert worden, daß jenen Bibliotheken noch die Landes- und Stadtbibliothek in Düsseldorf hinzutritt. Es handelt sich dabei aber nur um Veröffentlichungen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Schwurgericht. Die Sitzungen der fünften Periode beginnen Freitag, den 24. September. Vormittags 9,10 Uhr wird gegen den Handarbeiter Adolf Max Rieger aus Wahlis wegen verführten Mordes verhandelt. Sonnabend, den 25. September. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Gasthofspächter Louis Karl Max Otto Kühn aus Greußen wegen Meineids. Montag, den 27. September. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Schichtarbeiter Friedrich Max Braumann aus Jena wegen Meineids. Dienstag, den 28. September. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Arbeiter Bernhard Otto Kaufmann aus Naunhof wegen verführter Mordt; nachmittags 1,5 Uhr: gegen den Arbeiter Paul Gustav Knäse aus Otscha wegen Meineids. Mittwoch, den 29. September. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Fabrikarbeiter Emil Max Kramer in Würzen wegen Brandstiftung; nachmittags 1,5 Uhr: gegen die Fabrikarbeiterin Ida Marie Iebige Böhm e wegen schwerer Urkundenfälschung. Donnerstag, den 30. September. Vormittags 9,10 Uhr: gegen die Arbeiter 1. Friedrich Karl Bernad aus Hohenlohe, 2. Otto Friedrich Schmidt aus Markranstädt, je wegen verführter Mordt. Freitag, den 1. Oktober. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Fabrikarbeiter Heinrich Paul Schulze in Schweta wegen Mordtversuchs und Meineids. Sonnabend, den 2. Oktober. Vormittags 9,10 Uhr: Fortsetzung der vorigen Verhandlung. Dienstag, den 5. Oktober. Vormittags 9,10 Uhr: gegen 1. den Schlosser Gustav Christoph Lauenstein, 2. den Eisenbahnschaffner Wilhelm Heinrich Theodor Lauenstein, 3. die verheh. Vna Emilie Lauenstein geb. Perung und 4. den Maurer Hermann Jacob, sämtlich aus Lehra wegen Meineids, Anstiftung dazu und Körperverletzung. Mittwoch, den 6. Oktober. Vormittags 9,10 Uhr: gegen 1. den Schwammhändler Josef Kesslerowitzsch aus Kronow, 2. dessen Ehefrau Ida Kesslerowitzsch geb. Braun, 3. den Schwammhändler Hermann Glant, 4. den Schwammhändler Jgig Levitan, zu 2., 3., 4. aus Weixhö, 5. den Kaufmann Arnold Goldschmidt aus Posen wegen betrügerlichen Bankrotts, Beihilfe dazu und Betrugs. Voraussichtliche Dauer der Verhandlung: etwa 14 Tage. Mittwoch, den 20. Oktober. Vormittags 9,10 Uhr: gegen den Arbeiter Hermann Paul Pelz aus Steinpleis wegen schweren Raubes und Eitelkeitsverbrechens. Voraussichtliche Dauer der Verhandlung: etwa 8 Tage.

Vermiit wird seit dem 16. September der 21 Jahre alte Buchhalter Robert Martin Freitag aus seiner Wohnung in der Dammstraße in L.-Schleußig. Der Verschwindene ist übermittelgroß, schlank, hat braunes Haar, Anflug von Schnurrbart, volles, gesundfarbiges Gesicht und blaue Augen. Er trägt einen braunen Jackettanug, hellgrauen Sommerüberzieher, schwarzen steifen Hut und Schnürschuhe.

Kranf und hilflos wurde gestern vormittag am Bahnhofsplatz eine 31 Jahre alte Schlosserscheffrau aus Nürnberg aufgefunden. Die Erkrankte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Durch Erhängen entlebte sich ein in der Kronprinzstraße wohnender 78 Jahre alter Schneidermeister. Wehhalb der Greis Hand an sich gelegt hat, ist nicht bekannt. — Ferner hat gestern abend in der Umlburgerstraße in L.-Kleinshofer ein 34 Jahre alter Arbeiter durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Ein Nervenleiden war der Veremgrund.

Eine Schlägerei zwischen einem Barbier und einem Verkäufer setzte es gestern abend auf dem Wege von Lindenthal nach der Stadt. Die beiden Kampfahne richteten einander über zu.

Einen Mordturst erlitt gestern abend in der Nähe des Neuplages eine Frau aus Lindenau. Sie mußte mit der Drohsche nach ihrer Wohnung gebracht werden.

Unfälle. In der Vöhrstraße ist am Sonnabend eine 28 Jahre alte Hausmamsfrau auf einem Treppensfenster auf ein Glasdach getiegen, durchgebrochen und 5 Meter tief hinabgestürzt. Die bedauerndwerte Frau hat sich erhebliche Schnittwunden zugezogen. Sie wurde alsbald in das Krankenhaus gefahren.

An der Ecke der Stödarstraße und Bornaischen Straße wurde gestern nachmittag ein fünfjähriges Kind von einem Motorabfahrer umgerissen, zum Glück aber nicht verletzt.

In einem Anfall von Tobsucht hat am Sonnabend abend ein in der Berliner Straße bei seinen Eltern wohnender 28 Jahre alter Kaufmann die Möbel seines Zimmers zer-schlagen und 6 Revolverkugeln abgefeuert. Der Geisteskrante wurde in die Nervenheilanstalt übergeführt.

Von einer Einmissetdieb wurde eine Familie in der Ludwigstraße um Geld bestohlen. Die Diebin hat sich, als sie sich bei der Familie einmietete, Paula Dinger genannt. Sie ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß, hat dunkles Haar, volles, gesundfarbiges Gesicht und trägt eine helle Bluse, hellfarbigen Rod und Klemmer.

Verhaftet wurde hier der Kaufmann Artur Bödel aus Erfurt, der vom hiesigen Untersuchungsrichter in der gegen Dr. Riez u. Gen. anhängigen Sache und von der Staatsanwaltschaft Dresden wegen Betrugs gesucht wird. Er hatte sich heimlich in einer Wohnung am Königsplatz aufgehalten.

Verhaftungen und Diebstähle. In Haft genommen wurde ein 20 Jahre alter Sängler aus Wien, weil er eine Anzahl Schmuckgegenstände gestohlen und veräußert hat.

Ferner erfolgte hier die Verhaftung eines seinem Unternehmer in Dürrenberg mit 114 Mk. durchgegangenen 22jährigen Kellners.

Bei einem Diebstahl wurde in der Pärtelstraße ein schon vorbestrafter 30 Jahre alter Arbeiter abgehaftet und verhaftet. Ein 38 Jahre alter Arbeiter wurde verhaftet, weil er dringend verdächtig ist, mehrere neue Dese gestohlen zu haben.

Ferner wurden wegen Diebstahls ein 16jähriger Arbeit-bursche und ein 16jähriger Schreiber zur Verantwortung gezogen. Der Arbeitbursche hat mehrere Fahrräder und der Schreiber Geld und Briefmarken gestohlen.

Gestohlen wurden aus einer Wohnung der Scharnhorststraße verschiedene Schmuckfassen, darunter ein goldenes dreifaches Gliederarmband, und aus einem Restaurant in der Hospitalstraße 320 Stück Zigarren, ein Geldbetrag und eine größere Menge Fleischwaren und andere Lebensmittel.

Von einem Wagen in der Brüderstraße wurde ein schwarzer Pelz mit schwarzem Tuchbezug gestohlen.

Aus einem Lokal in der Bayerischen Straße sind 70 Mark und eine Anzahl Wertmarken gestohlen worden. Die Diebe waren in das Lokal eingetiegen.

Ortskrankenkasse Leipzig.

Mitteilung über die Geschäftsbewegung im Monat August 1900.

Die Ortskrankenkasse zählte am 31. August 175 784 (166 950*) Mitglieder und zwar: 122 674 (117 106) männliche und 53 110 (49 784) weibliche Personen. Meldungen einschließlich zur Invalidenversicherung gingen ein: 51 563 (43 710) und zwar: 24 988 (21 812) An- und 26 575 (22 098) Abmeldungen.

Im Berichtsjahre wies die Abteilung I (Gruppe 1): Industrie der Steine und Erden, (Gr. 2): Metallverarbeitung, (Gr. 3): Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate einschließlich Verfertigung von Musikinstrumenten, (Gr. 4): Holz- und Schnitzstoffe, (Gr. 5): Baugewerbe, einen Zugang in Gr. 2 von 133, in Gr. 3 von 260, in Gr. 4 von 68 = 461 und einen Abgang in Gr. 1 von 48, in Gr. 5 von 981 = 974 Mitgliedern auf.

Die Abteilung II (Gr. 6): Chemische Industrie, Erzeugung und Bearbeitung forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle, Firnisse, (Gr. 7): Textilindustrie einschließlich der Bleicherei, Drucker- und Appretur-, (Gr. 8): Land- und Forstwirtschaft, Kunst- und Handelsgärtnerei, Fischerei, (Gr. 9): Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel einschließlich Tabakindustrie, (Gr. 10): Bekleidung und Reinigung, (Gr. 11): Beherbergung und Erquickung, hatte einen Zugang in Gr. 11 von 120, einen Abgang in Gr. 6 von 2, in Gr. 7 von 115, in Gr. 8 von 6, in Gr. 9 von 80 und in Gr. 10 von 532 = 785 Mitgliedern.

In Abteilung III (Gr. 12): Papier-, Leder- und Gummiindustrie, (Gr. 13): Polygraphisches Gewerbe, (Gr. 14): Handels-, Versicherungs- und Verkehrsgewerbe, Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten betrug der Abgang in Gr. 12 118, in Gr. 13 74 und in Gr. 14 237 = 429 Mitglieder.

Der Gesamtzugang beziffert sich folglich auf 881, der Abgang auf 2138 Mitglieder.

Mitgliedsbücher waren 3710 (3009) auszufertigen. Krankenanmeldungen erfolgten von 4946 (4526) männlichen, 2604 (2097) weiblichen erwerbsunfähigen Mitgliedern einschließlich 278 (282) Wöchnerinnen. Krankenhauspflege erhielten 646 (602) Mitglieder, also der 11,7. Teil der sämtlichen erwerbsunfähig erkrankten Mitglieder. An Krankengeld einschließlich Familien- und Wöchnerinnenunterstützung wurden im Monat August = 4 Wochen = 24 Wochentage 232 930,78 (206 201,61) Mk. gewährt, außerdem 12 730,50 (13 646,25) Mk. an Sterbegeld. Im Monat August entfielen circa 10 235,88 Mk. bare Unterstützungen auf einen Wochentag, gegenüber circa 9008,97 Mk. im Monat Juli d. J. In den 8 Monaten des laufenden Jahres wurden an Krankengeld einschließlich Familien- und Wöchnerinnenunterstützung zusammen 1 917 158,75 (1 660 518,95) Mk. auf 34 (35) Wochen = 204 (210) Wochentage und an Sterbegeld 60 006,72 (103 715,56) Mk. ausbezahlt. An Mitglieder wurden auf ärztliche Verordnung gewährt: 840 Brillen, 203 Bruchbänder, 3848 verschiedene Bänder, 11 1/2 Flaschen Wein, 8 Flaschen Mineralwasser und 380 verschiedene andere Heilmittel. Ausgesteuert wurden, d. h. es erhielten die vollen Leistungen der Kasse 26 bezw. 34 Wochen lang für eine ununterbrochene Krankheit, blieben aber darüber hinaus noch krank 77 Mitglieder. Von Berufskrankenkontrolluren wurden 14 781 Besuche in der Stadt Leipzig und 128 weiteren Ortschaften gemacht, während seitens der freiwilligen Krankenbesucher nach den hier vorliegenden Mitteilungen 11 358 Besuche im Bezirke der Kasse gemacht wurden. Wegen Zuwiderhandlungen gegen das Statut und insbesondere wegen Ueberschreitung der vorgeschriebenen Ruhezeit, Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Gesundheitsmeldung usw. wurden insgesamt 688 (555) schriftliche Anzeigen erteilt. In 487 (387) Fällen wurden Strafen in verschiedener Höhe verhängt, in den übrigen Fällen dagegen entsprechende Verwarnungen erteilt. In den Filialkassen haben an den Sonnabenden 17 445 Personen und zwar: 4110 in der inneren Stadtkasse, Gellertstraße 70, 11 335 in L. Plagwitz, 2044 in L. Lindenau, 1852 in L. Sophien, 3059 in L. Neudorf, 3704 in L. Neustadt und 1368 in L. Connewitz das Krankengeld erhoben. An Bannern, Basen und Dampfbademarken wurden insgesamt 2915 Stück an die Mitglieder bezw. deren Angehörige verabfolgt. Dieselben verteilen sich auf das Augustus-, Wils-, Diana-, Kaiser-, Karola-, Linden-, Marien-, Nord-, Sophien- und Zentralbad, sowie auf Bad Milbenstein und Kurbad Plagwitz. Der Verkauf erfolgt nach wie vor ohne ärztliche Verordnung gegen ermäßigten Kostenpreis sowohl im Hauptbureau als auch in den vorgedachten Filialen.

Der Ab- und Zugang in den der Kasse zur Verfügung stehenden Heimstätten für Genesende bezw. im Erholungsheim Rauhof war folgender:

Heimstätte	Männer	Frauen	Zugang	Abgang
Hörstel	42	38		
Gleesberg	42	40		
Augustusbad	187	125		
Erholungsheim Rauhof	47	39		

Hus der Partei.

Ein Gewinn des Leipziger Parteitag. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Calwer ist aus der Partei ausgestiegen. Mithalten wird man diese Nachricht mit einem Uff der Erleichterung begrüßen. Seine wirtschaftspolitischen Korrespondenzen schädigten schon seit langer Zeit die Partei, und selbst das Berliner Tageblatt sah sich zuweilen genötigt, sie zurückzuweisen. Leider hat Calwer nicht den Mut, offen den Grund seines Austritts anzugeben. In einem Schreiben an den Wahlverein von Wilmersdorf begründet er ihn vielmehr mit der Annahme des neuen Organisationsstatutes auf dem Leipziger Parteitag. Das Statut enthält unter anderem den Passus, daß der Ausschluß eines Mitgliedes auch erfolgen kann, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder des Parteitages das Parteinteresse schädigt; ferner wird allen Parteimitgliedern das Recht der Abgrenzung zugesprochen. Calwer bezeichnet diese Bestimmungen als eine „Verletzung des persönlichen Rechtes der freien Meinungsäußerung“, was die bürgerliche Presse sicherlich mit höchstem Entzücken zur Kenntnis nehmen wird. Mit Recht schreibt der Vorwärts dazu: „Da genügt wohl die nächste Feststellung, daß das Statut einstimmig angenommen wurde, eine Einstimmigkeit, die, wenn die Beschuldigung Calwers nur im entferntesten gerechtfertigt wäre, sicher nicht vorhanden gewesen wäre. Aber diese Denunziation der Partei vor der bürgerlichen Welt sagt nur, daß Calwers Austritt das einzige war, was er für die Partei noch leisten konnte.“

Die Erklärung des Genossen Lindemann zur Postgenossenschaft wurde bekanntlich vom Genossen Singer auf dem Parteitage nur inhaltlich wiedergegeben. Es wird unsere Leser interessieren, den Wortlaut dieser Erklärung kennen zu lernen, den sich die Frankfurter Zeitung aus Stuttgart, dem Wohlfühl des Genossen Lindemann, telegraphieren läßt: „Aus der Presse sei ich, daß von Beteiligten, deren Namen aus dem Bericht nicht ersichtlich sind, eine Erklärung über ihre Teilnahme an dem Ausflug des württembergischen Landtags nach Friedrichshafen auf dem Parteitage abgegeben worden ist. Ich bin dieser Erklärung sowie den von Ihnen daran gefnüpften Ausführungen gegenüber verpflichtet, festzustellen, daß mir diese Erklärung nicht vorgelegen hat, daher auch nicht für mich abgegeben worden ist und in dieser Form von mir auch nicht abgegeben worden wäre. Ich bitte Sie, diesen Brief dem Parteitage mitzuteilen und ihn zu Protokoll des Parteitages geben zu wollen.“

* Die eingeklammerten Zahlen betreffen den gleichen Monat des Vorjahres.

Blutiges Musterungsgeschäft. In einem Vorort von Breslau fand im Frühjahr die Aushebung statt. Dabei hat einer von den acht im Lokale anwesenden Gendarmen einen jungen Mann, der sich nicht schnell genug aus dem Lokale entfernte, mit Gewalt hinausgebrängt. Als der junge Mann hinterläge und beim Wiedererheben den Gendarmen zwischen die Läre drängte, zog dieser seinen Säbel und versetzte seinem Opfer zwei schwere Stiche über Kopf und Arm. Vollständig in Verbänden eingehüllt kamen der Verlegte und sechs Zeugen auf die Redaktion unseres Breslauer Parteiblattes und berichteten übereinstimmend, daß der Beamte in durchaus überflüssiger Weise seine Waffe gebraucht habe; es waren nur wenige Leute in dem Raum, die nicht einmal Miene machten, ihren blutenden Kameraden gegen die Gendarmenübermacht zu verteidigen. Die Schilderung dieses Vorfalles wurde erst dann veröffentlicht, nachdem sich ein Redaktionsmitglied an Ort und Stelle informiert hatte. Der Artikel, den die Breslauer Volkswacht über den Vorfall brachte, hielt sich streng an die Tatsachen. Trotzdem wurde der Verantwortliche des Blattes deswegen zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus der Jugendbewegung.

Bekämpfung der Jugendorganisationen. Die Schlofferinnung in Kiel hat es sich zur Aufgabe gemacht, die „sozialdemokratischen“ Jugendorganisationen zu bekämpfen. Sie glaubt, ihr Ziel durch Aufnahme einer Bestimmung in die Lehrverträge zu erreichen, daß der Lehrling ohne besondere Erlaubnis seines Lehrmeisters keinem Vereine beitreten darf. Geschlecht es dennoch, so kann das Lehrverhältnis sofort gelöst werden. Die Jugendlichen und die älteren Genossen muß dieses Vorgehen der Innungsleiter, das von Behörden, Schule und Kirche unterstützt wird, zu um so lebhafterer Agitation für die freien Jugendorganisationen anspornen.

Vereine und Versammlungen.

Schnelder.

Am 11. September hielten die Damenschneider und Schneiderinnen im Zwölf eine Versammlung ab, in der Kollege Ploog über die Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen und den örtlichen Parteien berichtete. Er teilte mit, daß beide Parteien zunächst im Plenum ihren Standpunkt präzisiert und begründet hatten, und zwar in dem Sinne, daß von den Arbeitern entschieden die Einführung der Stillkassne abgelehnt und bei den Eigenheiten der örtlichen Berufsverhältnisse für unumkehrbar erklärt wurde, während von den Unternehmern an der unbedingten Einführung der Stillkassne festgehalten wurde. Da eine Einigung nicht zustande kam, zogen sich die beiden Hauptvorstände zurück und hatten sehr lange und eingehende Beratungen, deren Ergebnis folgender Schiedspruch war: Die beiden Parteien haben sofort in örtliche Beratungen zu treten, den Arbeitern wird bei eventuellem Anwendung des Stillkassnes der Wochenlohn garantiert. Wenn bei Stillkassne der Wochenlohn nicht erreicht wird, so wird die Differenz zugesagt. Wird der Wochenlohn überschritten, so wird der übersteigende Betrag gleichfalls zugesagt. Die Anwendung der Stillkassne darf nur mit Zustimmung des Arbeiters erfolgen. Die nun folgenden örtlichen Beratungen gingen zunächst sehr langsam von statten. Doch ist zu konstatieren, daß bezüglich der Zeitlöhne ein einigermaßen befriedigendes Resultat erzielt wurde. Bei den Stillkassnen wurden seitens der Unternehmer ebenfalls noch bedeutende Zugeständnisse gemacht. Aber nachdem noch nicht die Hälfte des Tarifs beraten war, unterbrachen die Unternehmer die Verhandlung — es war bereits nach 10 Uhr abends — und hielten eine Fortsetzung nicht mehr für möglich, ohne mit ihren Mitgliedern Mißbräuche zu wagen. Es beriet in der Sache ab dann abermals die Hauptvorstände und kamen zu dem Entschluß, daß zunächst eine Vertagung eintreten; die Beratungen über örtliche Stillkassnen werden sollen. Die sich dann noch ergebenden Differenzpunkte sollen bei der Zusammenkunft der Hauptvorstände im Frühjahr 1910 mit erledigt werden. Die bisher beratenen Positionen sollen bestehen bleiben; die Unternehmer verpflichten sich, bis dahin keine Stillkassne einzuführen. Durch diese Festlegung ist die Stillkassne nur noch eine Formfrage, und es erscheint sehr fraglich, ob unter diesen Umständen die Unternehmer für die Zukunft noch an der Stillkassne festhalten, da für sie der Zweck, der von ihnen damit verfolgt wird, vollständig illusorisch gemacht ist, während für die Arbeiter eine Verschlechterung durchaus nicht eintreten kann. Unsere Position ist bei dem gegenwärtigen Stand keineswegs ungünstig. Wir können vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen und unsere endgültige Entscheidung dann treffen, wenn sich übersehen läßt, wie die Dinge sich künftig gestalten werden. In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen bemerkt, daß auch unter den sehr einschränkenden Bestimmungen die Stillkassne abzulehnen sei, da diese ein prinzipielles Zugeständnis für die Unternehmer bedeute, wenn man auch zugeben müsse, daß mit der Garantie des Wochenlohnes für die Unternehmer das Interesse an der Stillkassne schwinde. Kollege Weider ersucht um Anerkennung der Abmachungen, die für die Arbeiter günstig seien. Die Kollegen Ploog und Peter traten dieser Auffassung entgegen und hielten ein Festhalten an der prinzipiellen Ablehnung der Stillkassne im Interesse der gesamten Branche für notwendig. Alle Redner betonten, daß für die kommende Zeit eine unausgesetzte Agitation entfaltet werden müsse, um die Lohnverhältnisse im Verufe in unserm Sinne zu erledigen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es soll die Entscheidung im kommenden Frühjahr abgewartet werden.

Die Schnelder

Hielten am 13. September im Volkshause eine öffentliche Schnelder- und Schneiderinnenversammlung ab, in der Kollege Timm aus München über den Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung sprach. Kollege Ploog behandelte hierauf die Stellung der Schneider zu unserm Tarifvertrag. Der Redner wies an der Hand einer Statistik nach, in wie wenig beneidenswerter Lage sich die Zuschneider befinden, und daß man bei ihnen von einer „gehobenen Lebensstellung“ allgemein nicht reden könne. Lediglich der Standesdünkel halte diese Proletarier juristisch, mit uns gemeinsam gegen das Unternehmertum anzukämpfen. Im Gegenteil, die Unternehmer würden noch scharf gemacht, den Tarif nicht zu bezahlen. Um eine mündliche Aussprache mit uns drückten sich die Zuschneider herum. Der Vorstand des hiesigen Zuschneidervereins resp. dessen Mitglieder waren zu dieser Versammlung eingeladen. Kollege Ploog wies noch auf die am 27. September stattfindende Agitationsversammlung hin.

Die Kürschner Röhhas

Hielten am 11. September ihre Monatsversammlung ab. Aufgenommen wurden B. Barthel, Kerschler, Fußer und Hartmann. Die Tarifkommission berichtet, daß nochmals an das Schiedsgericht herangegangen werden soll, um Aufklärung zu bekommen, wie weit die Verhandlungen über den 1. Mai gediehen sind. Verurteilt wurde, daß sich Kollegen bei der Firma Lorer in Lindenau zur Ausschilfe anbieten. Ferner wurde noch über verschiedene Angelegenheiten gesprochen, die in der allgemeinen Tarifkommission verhandelt werden sollen. Alle Restanten wurden aufgefordert, bald ihre Beiträge zu begleichen. Wer seine Beiträge bis zum 1. Oktober nicht bezahlt hat, soll in der nächsten Versammlung bekannt gemacht und eventuell ausgeschlossen werden.

Ortsverein Eutritzsch.

In einer am 11. September abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Herr Dr. Rudolf Schubert aus Leipzig über: Die Grundforderungen der sächsischen Lehrerschaft zum neuen Volksschulgesetz. In der darauf folgenden Diskussion sprach zunächst der Prediger Rippenberger, der über die Anregungen der Lehrerschaft hinausgehende Forderungen begründete. Weiter beteiligten sich die Genossen Hartmann, Herre, Schubert, Pentzschel und Willede an der Diskussion. Am Schluß der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß am 7. Oktober an einem Diskussionsabend über das Thema weiter gesprochen werden soll.

Von Nah und Fern.

Ueberfallen.

Berlin, 20. September. Der Gefangenauflieger Gledner aus Pflügen, der in der Nacht zum Sonntag auf dem Heimwege von mehreren Arbeitern angegriffen wurde, ergriff in der Notwehr zum Revolver und feuerte ihn ab. Die Kugel drang dem Arbeiter Richter in den Unterleib, so daß er lebensgefährlich verletzt wurde. Der Auflieger wurde verhaftet, jedoch nach Feststellung des Tatbestandes wieder auf freien Fuß gesetzt.

Rovdys.

Berlin, 20. September. Gestern früh wurde die wohnungslose Olga Kymol, die sich mit mehreren Burken die ganze Nacht hindurch in Pflügen herumgetrieben hatte, von diesen überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Die Täter wurden ermittelt.

Verhaftung.

Berlin, 18. September. Mit Hilfe eines Polizeihundes und der Feuerwehr wurden gestern früh zwei Einbrecher verhaftet, die bei der Kaufirma Hoshaw u. Knauer, Mohren- und Friedrichstraße 64, einen Besuch abstatteten und sich in einer Kellerkammer versteckt hatten. Auf der Polizeiwache wurden sie als der 27jährige Monteur Einte und der 35jährige Schmied Vyo aus Oranienburg festgestellt. Als Beute wurden bei ihnen annähernd 1400 Mk. gefunden.

Ein Passagierrekord Drville Wrights.

Wright hat den von ihm selbst mit 1 Stunde 12 Minuten 36 Sekunden aufgestellten Weltrekord für einen Passagier geschlagen; er blieb 1 Stunde 35 Minuten 47 Sekunden mit seinem Begleiter in der Luft und landete dann glatt in der Nähe der Halle.

Totschlag.

Mag, 18. September. In der Krankenstation des Gerichtsgefängnisses kam der Kaufmann Ringel mit dem Arbeiter Wache in Streit. Letzterer bearbeitete erstere solange mit dem Stuhlbein, bis er tot war.

Verhaftet.

Rönnigshütte, 19. September. Stachtrat Kunert, der als Krankenkassenverwalter der Königs- und Laurastraße 10 000 Mk. unterschlug, wurde hier verhaftet. Kunert war nicht geflohen, sondern hatte sich nur verborgen gehalten.

Selbstmord.

Strauberg, 19. September. Die Apothekenbesitzerin Schwarz, welche längere Zeit in einer Berliner Nervenheilanstalt war, wollte gestern in Begleitung ihrer Angehörigen heimkehren, riß plötzlich zwischen Strauberg und Rehsfelde die Coupétüre auf, sprang aus dem D-Zug und wurde von den Rädern vollständig zermalmt.

Gift.

Reims, 19. September. Eine Schauspielerin erhielt von unbekannter Seite Konfetti. Sie verteilte es unter ihren Kolleginnen, von denen alsbald zwölf unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankten. Die Polizei beschlagnahmte den Rest der Süßigkeiten und forschte nach dem Uebereiter. Bei Massenvergiftungen sind Drogen-Vergiftungen, wozu auch die gesamte Ernteharveste nach dem Genuß von Fleisch erkrankte, sind bereits vier Personen gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Arbeiter in Eutritzsch. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb.
R. L. Röderer. Wir werden die Angelegenheit im Gericht Bericht dann behandeln.
V. Sch., Leipzig. Wir können auf diese Sache jetzt nach Monaten nicht noch einmal zurückkommen.
R. A., Hohe Straße. So ohne nähere Angaben ist Ihre Einwendung unverwendbar.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend, den 18. September 1900.

(Mitgeteilt von Gebr. Blas.)

Ware	Spezifikation	Preis
Weizen per 1000 kg netto	inländischer, neuer	210—216 bez. Brf.
ruhig	Argentinier	245—250 Brf.
	Russischer	230—245 Brf.
	Australischer	—
Roggen per 1000 kg netto	inländischer, alter	—
fest	do. neuer	172—178 bez. Brf.
	Preussischer, alter	—
	do. neuer	—
	ausländischer	—
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste, hiesige	178—187 bez. Brf.
	Saale-Gerste	feinste über Notiz
	auswärtige	180—190 Brf.
Hafers per 1000 kg netto	Mahl- u. Futterm.	140—166 bez. Brf.
behauplet	inländischer, alter	200—205 bez. Brf.
	do. neuer	167—172 bez. Brf.
	ausländischer	175—182 Brf.
Malz per 1000 kg netto	amerikanischer	—
	runder	155—160 bez. Brf.
	Cinquantin	188—197 bez. Brf.
	Slaps	—
Rapskuchen p. 100 kg netto		13.50—14.00 bz. Brf.
Müßel, roh, p. 100 kg netto		54.00 Brf.
frei Haus hier ohne Fahr		—
ruhig		—

Ware	Spezifikation	Preis
Malz per 100 kg netto	bestes ab Fabrik	32.00—34.00
	letunda	29.00—30.00
Biden per 1000 kg netto	loco	210—220
Erbsen per 1000 kg netto	loco große	230—260
	do. kleine	220—230
	do. Futter	200—210
Bohnen per 1000 kg netto	loco	220—230
Riesfaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	100—120
	weiß nach Qualität	90—120
	gelb nach Qualität	60—70
	schwed. n. Qualität	120—150

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig u. Umgegend notieren:
Weizenmehl Nr. 00 32.50
" " 0 31.50
" " 128.00—25.00
" " 11 21.00—23.00
Weizenhalben 12.00—12.50
Roggenmehl Nr. 0 25.25
" I 18.00—20.00
" II 15.00—17.00
Roggenkleie 13.00—14.25
per 100 kg egtl. Sad.



Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 217

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern



Kunstchronik.

Aus Richard Wagners Jugendzeit.

II.

Als praktisches Ergebnis der Studienzeit Wagners entstanden zunächst eine Reihe instrumentalkompositionen, die gegenüber den früheren unreifen Versuchen sich als fruchtbar und technisch abflüchtend geben. Von drei Klavierwerken, einer Sonate in B-Dur, einer Polonaise in D-Dur und einer Fantasie in F-Dur, vertrat die erste beiden, die damals auch in Druck bei Breitkopf und Härtel erschienen, die Einflüsse der intimen Beschäftigung Wagners mit Mozart im Weinischen Unterricht. Weit interessanter ist die F-Dur-Fantasie, ein von frühem romantischen Geist erfülltes Tonstück, das mit seinen sprechenden Instrumentalrezitationen ausgeprägt dramatischen Charakter trägt. Mehrere Themen dieser Fantasie hat Wagner denn auch später in der Musik seiner ersten Oper Die Feen wieder verwendet, und an einer Stelle findet sich sogar schon das Pölgemotiv Tannhäusers vorgebeut. In orchesterlichen Werken entstanden zwei Konzertsouvertüren in D-Moll und in C-Dur, denen die hohe Ehre einer Aufführung in den Gewandhauskonzerten zuteil wurde. Sie wurden dort sehr freundlich aufgenommen, ebenso wie eine 1832 komponierte Sinfonie in C-Dur, die am 10. Januar 1833 im Gewandhaus zu Gehör kam. In Form und Thematik Beethoven, in der Harmonik und Instrumentation den Romantikern, namentlich Weber stark verpflichtet, entbehrt das Werk der eigentlichen Selbständigkeit, imponiert aber doch durch tiefen künstlerischen Ernst und technische Sicherheit. Ueber eine Szene und Arie, eine zweite Klavier-Sonate in A-Dur und sieben Kompositionen zu Goethes Faust, die ebenfalls jener Zeit angehören, ist vorläufig näheres nicht bekannt. Mit einem andern Werk einer Ouvertüre zum Raupach'schen Drama König Enzo sehen wir Wagner wieder mit dem Theater in Beziehung treten; zusammen mit einer ebenfalls von Wagner komponierten Schlussmusik zum 5. Akt kam das Werk, bei einer Aufführung des Enzo am 16. März 1832, in welcher Wagners Schwester Rosalie die weibliche Hauptrolle spielte, im Leipziger Theater zur ersten Wiedergabe. Es war das erste Mal, daß Wagners Name auf einem Theaterzettel stand. Die Ouvertüre erscheint als gute Schularbeit mit einigen romantischen Zügen, in der thematischen Erfindung aber ziemlich dürftig. Im Hinblick auf Wagners spätere dramatische Versuche mit Hohenhausen (Saragena, Friedrich Notbart) ist es aber von Interesse, den jungen Künstler hier schon zu dem Stoffgebiet in Beziehung treten zu sehen.

Nach Vollendung seiner C-Dur-Sinfonie, im Sommer 1832, war Wagner auf kurze Zeit nach Wien gereist, nur, um diese gepriesene Musikstadt einmal kennen zu lernen. Er erlebte aber eine große Enttäuschung: Herolds eben zur Modeoper emporgestiegener Jampa und Strauß'sche Potpourris daraus waren das einzige, was damals in der Stadt Haydn, Mozarts und Beethovens zu hören war. Auf der Rückreise lernte Wagner in Prag Dionys Weber, den damaligen Direktor des Konservatoriums kennen. Durch ihn erhielt er manchen anregenden Hinweis auf die Wagner-Mozart-Tradition, auch kam seine C-Dur-Sinfonie im Konservatorium zur Aufführung. In Prag begann Wagner den Entwurf seiner ersten Oper: Die Hochzeit, zu deren Sujet wohl Immermanns Caranto und Gelinde — mit einzelnen Details sicherlich auch Herolds Jampa — die Anregung gegeben haben mag. „Ein wahnsinnig Liebender erstickt das Fenster zum Schlafgemach der Braut seines Freundes, worin diese der Anknüpfung des Bräutigams harret; die Braut ringt mit dem Rasenden und stürzt ihn in den Hof hinab, wo er erschmettert seinen Geist aufgibt. Bei der Totenfeier sinkt die Braut mit einem Schrei entseelt über die Leiche hin.“ So beschreibt Wagner selbst den Inhalt dieser seiner ersten Operndichtung, die er später liegen ließ, da seiner blühenden Schwester das Buch mißfiel. Als Wagner das Werk aufgab, waren von der Komposition bereits einige Nummern vollendet, darunter ein als besonders gelungen gerühmtes Sextett. Der musikalische Stil dieser erhaltenen Fragmente zeigt den jungen Künstler im Fahrwasser der Romantiker; bemerkenswert ist, daß sich hier bereits Anzeichen von leitmotivischer Verbindung der verschiedenen Musikstücke finden.

Ein weiterer Opernplan Wagners, der charakteristischerweise wieder mit der politischen Lage zusammenhängt, kam ebenfalls nicht zur Ausführung. Das gewaltige Ereignis der Juli-revolution hatte auch in Polen Widerhall gefunden und dort einen freiesittlichen Aufstand entzündet, der indessen von Rußland mit den schärfsten Unterdrückungsmassregeln beantwortet wurde. Schwärmerische Verleser (1832) die polnischen Patrioten ihr geknechtetes Heimland, um in den benachbarten deutschen Staaten Aufbruch zu suchen. Damals wurde die Schwärmerie für diese Polenflüchtlinge zu einer Modefatale der höheren Gesellschaftskreise in Deutschland und fand auch einen literarischen Niederschlag in den „Polenbüchungen“ eines Wlodek, Camisso, Anastasius Grün, Julius Rosen usw. Mit Heinrich Raube, der eben damals in Leipzig sich niedergelassen hatte, besprach Wagner nun den Plan einer Oper, die den Polen-selbst zum Mittelpunkt haben sollte; doch gezielte die Sache nicht zu praktischen Resultaten. Aus jener Zeit der Polen-schwärmerie stammen übrigens auch die Anfänge einer Konzertsouvertüre Polonia, die indessen erst vier Jahre später beendet ward.

Nach Absolvierung der Lehrzeit bei Weinlig galt es für den jungen Musiker, sich einen Wirkungskreis zu suchen, in dem er die nötige Fühlung mit der Praxis gewinnen konnte. Ein solcher bot sich ihm am Stadttheater in Würzburg, wo sein Bruder Albert als Sänger und Regisseur tätig war. Auf dessen Intervention hin wurde Wagner im Februar 1833 als Chorleiter mit einem Monatsgehalt von 10 Gulden engagiert. Mit Eifer betätigte sich der junge Künstler nun an den täglichen musikalischen Arbeiten des Theaterbetriebs. Von den damals in Würzburg einstudierten Opern, an deren Vorbereitung Wagner jedenfalls mitwirkte, sind als die bedeutendsten Bellinis La straniera, Cherubinis Wasserträger, Meyerbeers Robert der Teufel, sowie Marschners Wampyr und Hans Heiling zu nennen, Werke, die den Geist des jungen Tonsetzers nach verschiedensten Richtungen hin anregen konnten. Am nächsten mochte ihm die Kunst Marschners stehen, obwohl er den Werken des Meisters, namentlich dem „Hans Heiling“ in seinen damaligen Briefen mit scharfer Kritik gegenübertrat. Zum Wampyr komponierte Wagner auf den Wunsch seines Bruders Albert, der den Aubry sang, eine Einlage — eine Erweiterung der großen Arie Nr. 15 — die als effektvolle Arbeit den Beifall des Sängers wie des Publikums fand. Unter Marschners Einfluß steht im ganzen auch die Musik der ersten vollendeten Oper des jungen Künstlers, der Feen, die als bedeutendstes künstlerisches Ergebnis jener Würzburger Zeit erscheint. Um dieses Werk mit Ruhe vollenden zu können, blieb Wagner auch

nach Schluß der Theaterferien noch den ganzen Sommer und Herbst in der stillen fränkischen Hauptstadt. Im Dezember des Jahres 1833 ward hier die Partitur der dreiaktigen Oper abgeschlossen, in den ersten Januar Tagen 1834 die Ouvertüre nachkomponiert worden, und nun eilte der junge Autor in die Heimatstadt Leipzig zurück, um dort baldmöglichst seine neue Schöpfung auf die Bühne zu bringen.

Den Stoff zu seinen Feen entnahm Wagner einem Märchen von Gozzi La donna serpente (Die Frau als Schlange), einer Quelle, auf die er jedenfalls durch seinen Lieblingschriftsteller E. Th. A. Hoffmann hingewiesen worden war. Hatte hoch Hoffmann in dem bekannten Dialog Der Dichter und der Komponist in den Scapionsbrüder die Märchen des venezianischen Dichters als eine unerlöschliche Fundgrube für Opernstoffe gepriesen. Den Inhalt seiner Feendichtung schildert Wagner selbst folgendermaßen: „Eine Fee, die für den Besitz eines geliebten Mannes der Unsterblichkeit entsagt, kann die Sterblichkeit nur durch die Erfüllung harter Bedingungen gewinnen, deren Nichtlösung von seiten ihres irdischen Geliebten sie mit dem härtesten Tode bedroht; der Geliebte unterliegt der Prüfung, die darin besteht, daß er die Fee, möge sie sich ihm (in gezwungener Verstellung) auch noch so böse und grausam zeigen, nicht ungläubig verwerfe. Im Gozzischen Märchen wird die Fee nun in eine Schlange verwandelt; der reuige Geliebte entzaubert sie dadurch, daß er die Schlange küßt: so gewinnt er sie zum Weibe. Ich änderte diesen Schluß dahin, daß die in Stein verwandelte Fee durch des Geliebten sehnsüchtigen Gesang entzaubert, und dieser Geliebte dafür vom Feendämon — nicht mit der Bewonnenen in sein Land entlassen —, sondern mit ihr in die unterirdische Bonne der Feenwelt selbst aufgenommen wird.“ — Bei der dramatischen Bearbeitung seines Vorbilds hatte Wagner zunächst die Nebenepisoden der Gozzischen Darstellung auszumachen, folgte im allgemeinen aber dem Gedankengang des Märchendichters ziemlich genau. Als dramaturgisches Muster diente ihm neben der Form der deutschen romantischen Spieloper auch das Genre des Raimund'schen Zauberstücks, das er auf seiner Wiener Reise kennen gelernt hatte, einzelne Züge konnten ferner einige stoffverwandte deutsche Dichtungen wie die Melusine-Sage oder Raupach's Genoveva leihen; ob Wagner auch das 1806 entstandene und damals sehr erfolgreiche Singpiel Die Sülphien von dem Berliner Kapellmeister Friedr. Heinrich Himmel, welches das gleiche Sujet behandelt, bekannt war, erscheint zweifelhaft. Nicht zu übersehen ist die Verwandtschaft der ganzen Fabel mit dem Lohengrin-mythos — übrigens auch mit Marschners Hans Heiling — in der Darstellung des Liebesbundes zwischen einem sterblichen und einem überirdischen Wesen und den aus dieser Verschiedenartigkeit der Natur entstehenden Konflikten. Auch das in fast allen späteren Werken Wagners zum poetisch-dramatischen Leitstern erkorene „Erbsühnmotiv“ — König Artinbal erlöst die in Stein verwandelte Fee Ida durch seine treue, alle Schrednisse lösh überwindende Liebe — tritt in dieser Jugendoper bereits entgegen. Daß Wagner von den komischen Episoden, die bei Gozzi die Haupthandlung umranken, die Szenen des Dienerspaars, Drolia und Gernot, beibehalten hat, geht aus dem Hinblick auf den gebräuchlichen Typus der damaligen deutschen romantischen Oper, die ja die Verquickung der Haupthandlung mit humoristischen Nebenhandlungen liebte, ein Erbe, das ihr von ihrem bescheidenen Ahn, dem komisch-romantischen Singpiel des 18. Jahrhunderts verblieben war. Man denke an die derb-komischen Trinkerzügen in den Marschnerschen Opern oder an Scherzmin und Fatime in Webers Oberon.

Für die hohen dramatischen Ziele, die sich Wagner mit der Musik der Feen gesteckt hatte, ist es charakteristisch, daß er seinem Werk die Form der großen „durchkomponierten“ Oper gab, d. h. den im allgemeinen in der zeitgenössischen deutschen romantischen Oper üblichen, gesprochenen Dialog durch Reizitative ersetzte. Hier sehen wir Wagner also gleich zu Anfang seiner Schöpferfertigkeit die ungeahnte Zukunftswerte bergenden Fäden der Entwicklung aufnehmen, die von früheren berühmten Versuchen mit der großen durchkomponierten deutschen Oper, wie Holzbaue's Günther von Schwarzburg (1777) über künstlerisch minder bedeutende aber formgeschichtlich wichtige Werke der Münchner Dant, Schubaur, Potkel und der Wiener Gluckhule zu Werken wie Webers Turandot und Spohrs Jessonda führen. Dastet den Reizitativ in Wagners Feen auch noch viel konventionelles an, so macht sich in der Durchführung des Ganzen doch ein deutliches Streben nach großartiger dramatischer Gestaltung geltend, namentlich die innige Wechselbeziehung zwischen Musik und Szene, die in Wagners späterem Stil so ausschlaggebende Bedeutung gewinnen sollte, ist in diesem Jugendwerk bereits mit sehr bemerkenswerten Anfängen vorgebeut. Der musikalische Erfindung als solcher, die neben Marschner namentlich auch Weber und Beethoven verpflichtet ist, fehlt es vielfach freilich nicht an Selbstständigkeit, sondern auch an Frische und thematischer Bedeutung. Künstlerisch am höchsten stehen die wirkungsvoll und formreicher aufgebauten Ensembles, namentlich das Finale des zweiten Akts. Von besonderem Interesse ist es aber, in den Feen auch bereits einige Fäden des Leitmotivs zu begegnen. Im ersten Akt singt Gernot eine Romanze von der bösen Hexe Dinowa, die durch ihre Zauberkünste einen König bestrickt habe, sie zu seiner Gemahlin zu machen. Derartige Romanzen und Balladen, die entweder etwas aus der Vorgeschichte der Handlung erzählen oder das allgemeine dichterische Milieu charakterisieren, waren nach dem Vorbild des französischen Singspiels, wo sie Duni bereits Mitte des 18. Jahrhunderts eingeführt hatte, in der deutschen romantischen Oper seit den ersten Anfängen ihrer Entwicklung — man denke an das zum Volkslied gewordene Als ich auf meiner Bleiche aus Hillers Za q d, ferner an Marschners Ballade vom Wampyr, an das Lied Konrads Ein sprüdes allerliebtestes Kind in Hans Heiling usw. — sehr beliebt. Das Hauptthema dieser Romanze des Gernot in den Feen kehrt nun an verschiedenen Stellen der Oper bedeutungsvoll wieder, namentlich im zweiten Finale, gewissermaßen als Tonzeichen an Artinbals Mithras gegen Ida. Diese Art der leitmotivischen Verwendung kann als bescheidene Vorstufe zu dem von Wagner später im Holländer mit der Ballade der Senta verwirklichtem gelten. Die direkte Anregung dazu hat Wagner wahrscheinlich von Cherubinis Wasserträger, der während seiner Würzburger Theaterzeit dort mehrmals gegeben wurde, empfangen. Im Wasserträger wird ja auch das Hauptthema der die Oper einleitenden Romanze des Anton „Einst fiel ein kleiner Savonar“ an den Höhe- und Wendepunkten der Handlung leitmotivisch verwendet.

So brachten die Feen also sowohl dichterisch wie musikalisch manche vielversprechende Anfänge und bedeutsame Ausschnitte in die Zukunft. Wagners Versuche, sein Werk in Leipzig auf die Bühne zu bringen, schlugen fehl. Der Direktor des Leipziger Stadttheaters war zwar, namentlich mit Rücksicht auf Wagners Schwester, dem Plan nicht abgeneigt, aber sein Regisseur, der Partonist Franz Hauser, dessen musikalisches Sinnen und Denken ganz der Vergangenheit angehörte — er hat sich u. a. um die Sammlung Bach'scher Werke große Verdienste erworben — nahm an dem allzu modernen Stil des Wagnerschen Werks Anstoß und wehrte die Aufführung durch endloses Hin- und Herzögern zu hinterziehen. In der Tat hat Wagner sein erstes Opernwerk nie zu hören bekommen; erst nach seinem Tode, am 29. Juli 1888, kamen die Feen in München zur Aufführung, ohne sich auf die Dauer im Repertoire halten zu können.

Neues Operntheater (Ein Herbstmanöver). — Die Novität des Neuen Operntheater's galt vor etwa vier Monaten in Wien für das Beste, was man auf diesem Gebiete — Operetten wie Der tapfere Soldat hatten bereits abgewirtschaftet — zu sehen bekommen konnte, und der „Wissenschaft“ wegen habe ich mir denn auch dieses damals beste Produkt während meines damaligen Wiener Aufenthaltes angesehen. Die Qualitäten des Stücks offenbarten bald, daß man es leider auch demnächst in Leipzig zu genießen bekommen werde, und das ist nun auch eingetroffen. Die Operette arbeitet strupellos mit dem billigen Material, auf das besonders Großstädter immer wieder hereinfallen, oder besser, von dem sie sich immer in angenehmer Weise klein lassen: faulstidige Sentimentalität und ebenso dicke verlogene sogenannte Tragik. Etwa seit Cylers Künstlerblut sind derartige Operetten wieder etwas häufiger geworden. Natürlich wird auch für ein hinreißendes Gegengewicht gefordert, was am wirkungsvollsten durch eine Karikatur auf die Qualitäten des Reformemilars — Figur des Wallenstein — geschieht. Das ist im ganzen nicht so uninteressant; zur Karikatur, zu starker Uebertreibung darf das Militär benutzt werden, bei einer gehörigen Satire würde sich der Staat ins Mittel legen. Zuletzt gehört es auch zum Erstbesten des Stücks, daß die Leute ein bißchen über das Militär, sei es auch nur das der Reserve, lachen können; sie zählen jahraus jahrein soviel in den Schoß des Militarismus, daß eine Sach-schädigung zuletzt nur angebracht ist. Das Lachen ist ja, wie gesagt, ganz ungefährlich, weil ein Reserverfeldwebel wie Wallenstein sowohl im deutschen wie im österreichischen Militär eine vollständige Unmöglichkeit ist, es sich eben um eine starke Karikatur handelt.

Ueber die unangenehm sentimentale und völlig unwahre Handlung wird man weiter kein Wort verlieren. Es genügt noch zu sagen, daß in der Operette mit Worten wie Ehrverluft, Kriegsgericht u. dergl. nur so gespielt wird, so daß also für kitzelnde Aufregung ebenfalls gesorgt ist. Der Textverfasser N. v. Bakoni versteht sein Geschäft, und das möge man ihm nicht übel nehmen. E. Raimanns Musik ist nicht ungleichmäßig erkunden und weist einige Nummern auf, die den Erfolg des Stücks auch hier entschieden haben. Der militärische Charakter des Stücks hat ähnlich wie beim Tapferen Soldaten, der freilich ungleich höher steht, zu einer nahegelegenden Charakteristik geführt: für Mäts, pitante Rhythmen — und solche stehen dem Komponisten zur Bedote — ist schließlich jeder zu haben: auch die Sentimentalität ist ganz gut geklärt, wenn man ihre besondere Eigenart auch so ziemlich vermischt. Der Ton neuerer Schlager-Operetten wie besonders falls Dollarprinzessin ist da und dort ziemlich stark zu finden.

Man darf das Stück nicht in Wien gesehen haben, um an der Aufführung des Neuen Operntheater's Gefallen finden zu können. Von den Leistungen an Wiener Operntheaterern habe ich mir zwar auch erheblich mehr versprochen, aber es war, trotzdem die hiesige Aufführung nicht gerade schlecht war, doch ein ganz anderer Zug in dem Ganzen. Stimmungsbilder zu machen, verstand man bei weitem besser, und zwar mit ganz einfachen Mitteln. Während des ersten Akts, besonders während der sentimentalen Stimmungsszenen, ließ man Herbstlaub herunterfallen, und so etwas kann sich zuletzt jedes Theater leisten; es braucht nur den Will zu kennen. Sich die Wiener Aufführung zu Mute zu stehen, wäre besonders für den Schluß des zweiten Akts gut gewesen, der glattweg verfiel. Das Tanzen muß auf ganz andre Art besorgt werden, alles hat hier Schlag auf Schlag zu folgen. Das Amüsanteste war eigentlich das Publikum. Der Aktluß, weil er nicht recht herauskam, befremdete und hatte wenig Erfolg. Als dann aber Blumen auf die Bühne geschlept wurden, und die Darsteller sich immer wieder verneigten, mochten die Zuschauer denken, daß die ganze Sache doch etwas ganz komisches gewesen sei, und so klatschte man sich dann eben in die nötige Begeisterung hinein. Etwas Gutmütigeres als ein Operettenpublikum gibt es unter diesem Himmel nicht. Von den Darstellenden können die Damen Willy v. Steinen (Baronin Risa), Therese Wet (Freiwiliger) und Herr Schaller (Wallenstein) genannt werden. Die erstere, eine neue Kraft — das Theater ist ein wahrer Laubenschlag — wirkt besonders durch eine schöne Bühnengestalt; aber auch die Stimme genügt für diese, in erster Linie repräsentative, weibliche Hauptrolle. Das Orchester war wieder einmal vollständig besetzt, den paar Musikern der letzten Zeit lieh sich auch der Schluß des zweiten Akts gar nicht geben. Ferner dirigierte wieder Herr Wolf, der aber als Operettenkapellmeister seinem bisherigen Kollegen nicht ganz gleichkommt.

Der Bühnendampf. Die Erzeugung von Dampf auf der Bühne erfordert begrifflicherweise ganz besondere Vorrichtungen, die sich in vollkommener Ausgestaltung nur große Theater leisten können. Sie tritt hauptsächlich in Tätigkeit, einmal um Verwandlungen bei offener Szene zu verdecken und ferner wenn eben gerade die Erscheinung von Rauch und Dampf notwendig ist, wie zum Beispiel im letzten Akt der Walküre. Da sich die Technik bisher nicht in nur verhältnismäßig geringem Grade mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, macht Oberingenieur Kerur Schulze im Gesundheitsingenieur einige Angaben über Bühnendampfeinrichtungen für Theater, worin er zunächst die Bedingungen für einen „guten Bühnendampf“ zusammenfaßt. Dazu gehört die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen. Die Nebelbildung muß unmittelbar am Bühnenboden selbst beginnen, und zwar auf die Sekunde genau zum Eintritt gebracht werden können. Ebenso plötzlich und mit genauem Einhalten eines bestimmten Zeitpunktes muß der Dampf wieder verschwinden. Die Schönheit des Eindrucks wird wesentlich dadurch gefördert werden, daß mit dem Ausströmen des Dampfes kein Geräusch verbunden ist. Ferner muß der Dampf in beliebiger Menge zur Verfügung stehen und auch die ganze Breite der Bühne gleichmäßig treffen. Selbstverständlich ist das Verlangen, daß der Dampf nicht etwa Trüben von lothendem Wasser mit sich reißt, wodurch die auf der Bühne anwesenden Schauspieler gefährdet werden könnten. Die Einrichtungen müssen leicht aufzustellen und fortzuschleppen sein, sich den verschiedensten Anforderungen des Theaterstücks anpassen lassen und dürfen

namentlich die übrige Maschinerie des Szenariums nicht behindern. Auch die Notwendigkeit, zur Dampfentwicklung längere Zeit breite Öffnungen im Bühnenboden bestehen zu lassen, würde als unangenehm und auch als gefährlich betrachtet werden. Endlich wirkt es zur Genugtuung beitragen, wenn die Einrichtungen möglichst einfach und billig sind. Oberingenieur Schulze ist nun nach den von ihm gesammelten Erfahrungen der Meinung, daß diese Leistungen von gewöhnlichen Niederdruckdampf nicht erfüllt werden können. Er empfiehlt vielmehr ein Gemisch von Dampf und Luft. Zu dessen Herstellung würde man den Dampf unter einem Ueberdruck von 4 bis 5 Atmosphären in mehrere große schmelzeiserne Hohlgefäße von je etwa 1 Kubikmeter Inhalt einströmen lassen, die unter der Bühne stehen. In diesen Gefäßen mischt sich der Dampf mit Luft und tritt dann durch die sogenannten „Freifahrten“ schon als eigentlicher Nebel nach oben hin auf die Bühne. Auf diesem Wege behält der Dampf die zu guter Bühnenwirkung nötigen Eigenschaften. Nur wenn er ganz bligartig erscheinen und verschwinden soll, müssen die erwähnten Gefäße fortgelassen werden. Als die besonderen Vorzüge dieses Verfahrens kennzeichnet Schulze den Eintritt der Schleierbildung schon innerhalb des Bühnenbodens, wodurch die lächerliche Möglichkeit vermieden wird, daß die Beine der Schauspieler in der sonst allgemeynen Dampfwolke sichtbar bleiben; ferner, daß bei genügender Weite der Ausführlingsrohre die Entstehung von Geräusch vermieden wird. Sind sämtliche Rohre vorgewärmt, so kann durch plötzliches Ausreißen des Ventils am Kessel der Dampf fast im Augenblick zum Erscheinen gebracht werden. Die bisher in den Theatern gestatteten Dampfessel bezeichnet Schulze für die zuverlässigste Erzeugung des Effekts als unzureichend und hält solche von wenigstens 20 Quadratmetern Fläche für notwendig. Falls sich all diese Vorzüge nun auch wirklich um einen nicht zu hohen Preis erfüllen lassen, so könnte vielleicht die Anheftung des Bühnendampfes auch kleineren und weniger bemittelten Theatern ermöglicht werden, und die Vervollkommnung der Einrichtung würde ferner wohl auch hin und wieder ein Fehlen des Vorhangs bei einer Verwandlung überflüssig machen, was sehr zugunsten der Einheitslichkeit mancher Aufführungen, namentlich bei klassischen Stücken, sein würde.

Neues Theater. Dienstag: Das Rheingold. Mittwoch: Der Zigeunerbaron. Donnerstag: Tantris der Narr. Freitag: 47 Uhr: Die Walküre. Sonnabend: Die Nibelungen (Der gehörnte Siegfried; Siegfrieds Tod). Sonntag, 7 Uhr: Madame Butterfly; Aufforderung zum Tanz; Frühlingstimmen. Montag, 27. September, 8 Uhr: Siegfried. — **Altes Theater.** Dienstag: Die Barfußtänzerin. Mittwoch: Rater Lampe (neu einstudiert). Donnerstag: Ein Walzertraum. Freitag: Die lustige Witwe. Sonnabend: Der Zigeunerbaron. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Viel Lärmen um Nichts), abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Montag, 27. September: Vorstellung für den Verein der preussischen Eisenbahnbeamten (Die lustige Witwe).

In der Rheingoldaufführung am Dienstag singt die Partien der Erda und der dritten Rheintochter als Gast Frau Berta Grimm-Mittelmann vom Magdeburger Stadttheater vertretungsweise für die krankheitshalber noch beurlaubte Frau Stadtegger.

Emil Rosenows Komödie Rater Lampe, die am Mittwoch im Alten Theater gegeben wird, ist besetzt mit den Herren Hellmuth-Bräm (Ernst), in dessen Händen zugleich die Regie liegt, Jaded (Neubert), Huth (Neumerkel), Demme (Seifert), Proft (Ulbrich), den Damen Wuse (Frau Ernst), Monard (Frau Neubert), Schippang (Frau Schönherr), Dallborf (Frau Seifert).

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 8 Uhr.

Bereinigtes Leipziger Schauspielhaus. Schauspielhaus. Dienstag, Mittwoch: Die Leutnants! Donnerstag: Die Karolinger (Halbe Preife); Freitag, Sonnabend: Die Leutnants! Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Clavigo), abends 8 Uhr: Die Leutnants! — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomar- ring). Dienstag: Ein Herbstmander. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für die Leipziger Volksschulen (Jenny), abends 8 Uhr: Ein Herbstmander. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Ein Herbstmander. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein S. D. (Raub der Sabinerinnen), abends 8 Uhr: Ein Herbstmander.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Dienstag: Renaissance. Mittwoch: Der Güntenbeger. Donnerstag: Renaissance. Freitag: Der Schwabenreich. Sonnabend: Der Güntenbeger.

Wertheater (S t a b i l i t ä t e r g). Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles. Abend für Abend: Krone und Fessel.

Naturwissenschaftliches.

Professor Dr. B. Weinstein, Physik und Chemie in zentraler Darstellung. Zum Selbstunterricht und für Vorlesungen. Zweite vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage. Erster Band: Allgemeine Naturlehre und Lehre von den Stoffen. Mit 28 Abbildungen. Leipzig, Verlag von Johann Ambrosius Barth. 171 Seiten. Preis 4.20 Mk.; geb. 4.80 Mk. — Grundbegriffe, vom Wahrnehmen, Raum und Zeit angefangen, abstrakte Vorträge, leeres Aufzählen aller möglichen Kräfte und Erscheinungen, Beziehungen und Gesetze; und Theorien und Hypothesen, und wiederum Theorien und Hypothesen. — So geht's hin über 171 Seiten! — So steht denn der Verfasser etwa da, wie ein Mann, der Tischlerei lehren will und zu diesem Behufe aufs emsigste mit Säge, Hobel und Leimpinsel in der Luft herumfährt, während die Bretter ruhig draußen auf dem Lagerplatze liegen bleiben: die kommen mal später. Nur erst einmal tüchtig theoretisch sägen, hobeln und leimen lernen!

Doch sie sind da, die Bretter. Etwas ordnunglos durch-einander geworfen zwar, und von gar verschiedener Beschaffenheit und oft zweifelhaftem Werte, zumal wenn man ihren speziellen Zweck im Auge behält, findet man sie von Seite 172 ab: das chemische Tatsachenmaterial, das allem Vorausgegangenen als Stütze und Beweis dienen soll. Nehmen wir also einige zur Probe heraus. Da erfahren wir z. B. auf Seite 170: „Cyan ist ein blaugefärbtes Gas.“ Das ist es nicht; Cyan ist farblos. Dem Verfasser hat es hier offenbar der Name angetan, vielleicht weil er von diesem so sehr interessanten Stoffe nichts weiter wußte; denn griechisch *kyanos* ist auf deutsch blau. Diesen Namen hat man dem Cyan aber deswegen gegeben, weil es ein wesentlicher Bestandteil des wohl-bekanntesten Berlinerblaus ist. Aus dem gleichen Grunde nennt man auch die Cyanwasserstoffsaure Blausäure, obwohl sie gleichfalls farblos ist. Verfasser nennt das Cyangas auch noch polymerisiert. Es ist gegen allen wissenschaftlichen Gebrauch, die Vereinigung von zwei Atomen zu einem Molekül Polymerisation zu nennen. Auch im vorliegenden Falle ist das nicht statthaft, obgleich das „Atom“ Cyan selber schon zusammengesetzt ist — aus einem Atom Stickstoff und einem Atom Kohlenstoff nämlich. Es scheint aber, daß der Verfasser das wirklich nicht anders weiß; denn auf Seite 143 nennt er auch das Wasserstoffgas polymerisiert. — Weiterhin heißt es — im Anschluß an die Giftigkeit der Blausäure und vieler Alkalolde: „der Stickstoff ist also... ein recht gefährliches Element.“ Wir möchten diesem ziemlich vorschnellen Urteile gegenüber auf mildernde

Umstände plädieren; hat doch der Stickstoff auch wesentlichen Anteil an der chemischen Zusammensetzung von Broten, Eiern und andern nützlichen und angenehmen Dingen. Zudem ist noch lange nicht erwiesen, daß es allgemal gerade der Stickstoff sein muß, der Strychnin, Nikotin usw. giftig sein läßt. Gibt es doch auch Gifte, und zwar recht heftige, die gar keinen Stickstoff enthalten. Es sei hier nur an das Kohlenoxydgas erinnert, eine Verbindung von Kohlenstoff, beispielsweise Kohlen- und Sauerstoff, unserer „Lebensluft“! Das Versäueren des Stickstoffs aufzuehnen, könnte man also mit mindestens dem gleichen Rechte auch dem Kohlenstoffe zur Last legen — wenn derartige Spintifereien nicht schon von vornherein überflüssig wären.

Auf Seite 190 bekommen wir folgendes zu lesen — es handelt sich um die Verbrennung mit Luft gemengter brennbarer Dämpfe oder Gase, etwa von Benzin oder Leuchtgas, im Gegensatz zur Explosion von Schießpulver, Dynamit u. dergl.: „Der Vorgang bei solchen Explosionen ist der umgekehrte wie der bei der Explosion von festen oder flüssigen Körpern. Die Gase gehen plötzlich in flüssigsten und feste Körper über, dadurch wird der Raum, den sie eingenommen haben, fast ganz leer, die Luft strömt von allen Seiten ihn zu füllen herbei, und das geschieht mit solcher Vehemenz, daß alle widerstehenden Gegenstände geschleudert, zerschlagen oder zertrümmert werden. Außerdem kommt als zweite Gefahr die brennende Flamme hinzu.“ Ist das nicht einzig! Also Luftverdünnung soll es sein, was bei Schlagwetterexplosionen, in Benzinmotoren usw. so gewaltige Wirkungen hervorbringt! Die läme allensfalls im zweiten Akte, wenn sie nicht, wie beispielsweise in den Benzinmotoren, durch andauernde Hitze völlig unmöglich gemacht würde. Und dann würde ihr Arbeitswert nie mehr, als günstigenfalls eine einzige Atmosphärennegative Drucks messen. Jene primären Explosionskräfte dagegen, die wir mit Recht fürchten, wo sie uns unbeabsichtigt und unerwartet begegnen können, sonst aber bestens benutzen, betragen weit, weit mehr. Sie resultieren daraus, daß ein bis dahin kaltes, oder doch nur wenig heißes Dampf- oder Gasgemenge plötzlich entzündet wird durch den darin enthaltenen Luftsaurestoff, hierdurch eine gewaltige Wärmemenge erzeugt, und die e nun die entstehenden Verbrennungsprodukte — in der Dampfsache Kohlenäuregas, Wasserstoffdampf und atmosphärischen Stickstoff — sofort ganz ungeheuer ausdehnt, resp. sie einen enormen Druck ausüben läßt, falls sie sich in einem geschlossenen Räume befinden.

Seite 245 wird mitgeteilt: „Baryumsalze, in Schwefelsäure gelöst, geben einen störenden Niederschlag.“ In dieser Weise arbeitet man überhaupt nicht, sondern man bringt sich die betreffenden Lösungen zusammen. Der entstehende Niederschlag oder, schwefelsaurer Baryt, ist niemals störend, sondern stets feinpulverig. Der Chemiker ist, macht hierin sehr genaue Unterscheidungen. Seite 248 heißt es, man benutze Chlorcalcium zum Entwässern von Alkohol. Obwohl man es zum Entwässern von tausenderlei andern Flüssigkeiten nimmt, gebraucht man es gerade hier zu nicht, sondern verwendet in dem Falle andre wasseranziehende Stoffe, z. B. gebrannten Kalk oder entwässerten Kupfervitriol; weil sich nämlich Chlorcalcium in Alkohol löst, letztere Stoffe dagegen das nicht tun. Man muß ja die betreffende Flüssigkeit vom Entwässerungsmittel abgeben können, um sie allein zu destillieren, denn sonst ginge auch das Wasser mindestens teilweise wieder mit über. — Seite 208 erfahren wir, Chlor Silber werde durch Ausfällung von Silber in Salpetersäure unter Zufügung von Kochsalz hergestellt. Einem Chemiker wird es nie in den Sinn kommen, dem Lösungsmittel gleich das Fällungsmittel beizufügen. Von allen sonstigen Nachteilen abgesehen: in der Regel fände dann überhaupt kein Fällung statt. So hier. Im ersten Momente des Angriffs würde eine Hülle aus dem in Salpetersäure völlig unlöslichen Chlor Silber um das Silber herum gebildet werden, und das Lösen wäre alsdann nicht mehr möglich.

Die Organische Chemie, d. h. die Chemie der Kohlenstoffverbindungen, wird mit 42 Seiten beim Kohlenstoff — zwischen Selenium und Chlor stellt den der Verfasser! — erledigt. Dieses Behauptung hervorzuheben ist bedauerlich. Um die Darstellung dieses Teils der Chemie hier zu charakterisieren, so muß man denken, was wir im Gebiete der organischen Chemie vom Verfasser erhielten, wäre es eigentlich überflüssig — sei darauf hingewiesen, daß die gerade hier so liberale wichtigen Formeln einfach ignoriert werden. Aber Strukturformeln gibt es trotzdem hier, und da, auch solche mit Benzolringen und nach dem Belieben des Seyers oder Verfassers — das kann man nicht entscheiden — auch mit sechs- und achtgliedrigen Kohlenstoffatomen, wo doch diese ganzen Konstruktionen gerade auf der Voraussetzung der Vierwertigkeit des Kohlenstoffs beruhen! — Interessant ist des Verfassers persönliche Beziehung zu diesen Formeln. Dem Chemiker sind sie ein Schema, ein graphisches Ausdrucksmittel gewisser Erfahrungen zunächst, und somit ein Ausdrucksmittel soann für gewisse theoretische Ansichten. Dem Verfasser dagegen bereiten sie offenbar einen ästhetischen Genuss an sich schon. Nämlich er doch der Formel des Indigoblau nach, daß sie „eine hübsche Figur gibt“!

Das Buch hat den Irrtum zur Grundlage, man könne Chemie aus Büchern lernen. Das erklärt alles; besonders dann, wenn der Verfasser, wie es allerdings den Anschein hat, schon bei seinen Studien diesem Irrtum zum Opfer gefallen sein sollte. Chemie kann nur im Laboratorium gelernt werden. Und wenn das Laboratorium ein Dachkammerchen wäre mit einigen Gläsern, Flaschen und Schälchchen mit billigen Chemikalien darin: einem unerdrossenen, denkend beobachtenden Menschen böte selbst eine derartig beheldene Einrichtung immer noch unendlich viel mehr als selbst das beste Buch, sobald es das alleinige Studienmittel sein müßte; von schlechten gar nicht zu reden. Hiermit soll aber nicht über sämtliche chemischen Bücher abgeurteilt sein. Es gibt Hilfsbücher, Anleitungen zum Experimentieren, oder, wie man sie ebenfalls nennt, Schulen der Chemie. Unter der Voraussetzung, daß man sie nicht bloß liest, sondern das, was darin beschrieben ist, selber ausführt, und alles, was nun vor sich geht, recht sorgfältig beobachtet und sich gut einprägt, vermitteln sie eine reiche Fülle wertvoller Kenntnisse und technischer Fertigkeiten — die, nebenher bemerkt, dem Chemiker zu seinem weiteren Fortkommen genau so unentbehrlich sind, wie dem Schloßer, dem Bildhauer, dem Chirurgen die übrigen. Zu diesen Büchern gehört aber das oben besprochene nicht; und zu den Lehrbüchern für Fachleute natürlich erst recht nicht. Und so wissen wir denn wirklich nicht, wozu es zu gebrauchen wäre.

Dr. F. H.

Prof. Dr. Ernst Gilg und Dr. Muschler, Phanerogamen. Blütenpflanzen (Wissenschaft und Bildung. Band 44). Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis gebunden 1 Mk.; gebunden 1.25 Mk. — Pflanze und Blütenpflanze ist für den Laien meistens so ziemlich das Gleiche. Ihn interessiert die Blüte der Pflanze, ihr Duft, ihre Farbenpracht, ihre Form. Bezeichnend ist es, daß vom Volke viele Pflanzen gleich Blume genannt werden. Man denke nur an Hundsbäume, den Volksnamen für Zwenzahn, Gänseblume, Butterblume usw. Die meisten Bäume ist der gemeine Mann gar nicht geneigt, zu den Blütenpflanzen zu rechnen. Ja, Apfel-, Birnen- und Kirschkblüten, die läßt er gern gelten, die Röhrenblüten von Hafelnuß oder Pappel machen ihn schon stutzig, aber die grünen Jaspen und die mit Pollenstaub beladenen männlichen Blüten unserer Nadelbäume, das sind in seinen Augen gar keine richtigen Blüten. Aber wenn man unter „Blüte“ in sachwissenschaftlichem Sinne einen Sprößling versteht, der zu Fortpflanzungsorganen umgewandelte Blattgebilde trägt, dann muß man eigentlich sogar bei Moosen und Farnen oder bei Schachtelhalmen von Blüten sprechen.

Aber auch wenn man den Begriff „Blüte“ nicht so sehr weit faßt, ist das Reich der Blütenpflanzen ungeheuer groß. Am

meisten wird das klar, wenn man an der Hand eines kleinen Büchleins sich einen Ueberblick über die blühende Pflanzenwelt zu beschaffen versucht. Ganz vorzüglich zu diesem Zwecke geeignet erscheint das vorliegende Werkchen. Auf einem Raume von 100 Seiten bespricht es beinahe alles, was über Phanerogamen Wissenschaftsgebiet bekannt ist. Da natürlich auf so beschränktem Raume nur wenig Pflanzen im Vergleich zu der ungezählten Fülle von Arten aufgeführt werden konnten, mußte eine weise Auswahl getroffen werden. Die in dem Büchlein geäußert ist recht glücklich zu nennen. Immer sind die deutschen Arten, sofern es in der betreffenden Familie überhaupt welche gab, zunächst berücksichtigt worden, dann folgen solche, die sich durch ihre Produkte, seien es Nahrungsmittel, Gewürze, Arzneimittel oder Gifte, einen Namen gemacht haben. Pflanzen, die nur dem Wissenschaftler in systematischer Beziehung interessant sind, ohne allgemeines Interesse beanspruchen zu können, sind ganz unberücksichtigt geblieben. Ein Buch, das für den Laien geschrieben ist, stellt sich also dar. Aber für den Anfänger möchte ich das Büchlein als erstes nicht empfehlen. Für den wird beinahe zu viel Unbekanntes geboten, so daß er vielleicht überfordert wird vom Dargebotenen. Wer aber schon eine Anzahl einheimische Blütenpflanzen kennt, oder wer neben einem leicht verständlichen Buch auch einmal ein als schwerere Kost genießen will, dem sei das Werkchen recht warm empfohlen. Auf dem Weihnachtstisch eines reiferen Knaben wird es gewiß Freude machen und vor allem Nutzen stiften. Ausdrücklich seien auch noch die guten Abbildungen erwähnt, die meist wissenschaftlichen Werken entnommen sind.

Lösender Sand. Wenn am Meeresstrand der Wind über eine trockene Sandfläche hinwegfährt und die Sandkörner in Bewegung setzt, so entsteht selbstverständlich ein mehr oder weniger deutliches Geräusch, das aber gewöhnlich nur einen zischenartigen Laut besitzt. Es ist aber schon mehrfach in naturwissenschaftlichen Veröffentlichungen von lösendem oder musikalischen Sand die Rede gewesen, und jetzt ist in der Natur wieder eine Erörterung über diese Erscheinung entstanden, die schier kein Ende nehmen will, was daraus deutet, daß derartige Beobachtungen recht häufig sein müssen. Den Beginn machte der bekannte Naturforscher Carus-Wilson mit einer Mitteilung über lösende Sande an der südbenesischen Küste in der Nähe des bedeutenden Hafensortis Poole. Der Strand besteht dort aus Quarzkörnern, Muschelschalen und Feuersteinblöcken. Die musikalischen Töne sind auf einige Stellen beschränkt, die zwischen den Dünen und dem Meeresstrand liegen und verhältnismäßig frei von Feuersteinen sind. Sehr merkwürdig ist der Umstand, daß das Lösen des Sandes zunimmt, wenn man in westlicher Richtung längs des Strandes fortschreitet. Die Erklärung wird darin gesucht, daß die vorherrschenden Westwinde und die Uferströmung die feineren Sandteilchen ausfördern und ostwärts treiben. Diese Tatsache ist durch eine mikroskopische Untersuchung von Proben bestätigt worden. Zu bemerken ist noch, daß der Sand an dieser Stelle keine musikalischen Eigenschaften erst in letzter Zeit gewonnen hat. Früher waren sie überhaupt nicht vorhanden, und sie sind während der letzten zwanzig Jahre in deutlicher Zunahme begriffen gewesen. Möglicherweise hängt dieser Umstand mit der Anlage von Dünen zusammen. Ein anderer Naturforscher schreibt das musikalische Lösen gewisser Sande, wenn sie in Bewegung geraten, einer Besonderheit ihrer Zusammensetzung zu. Er meint nämlich, daß diese Sande einen erheblichen Gehalt an sogenanntem halbitem Quarz besitzen, einer Art des Quarzes, deren härtester Vertreter der Opal ist. Sowohl die größere Leichtigkeit wie die Glätte der Oberfläche dieser glasartigen Quarzart würde es erklären, daß die daraus bestehenden Dünen leichter in Bewegung geraten und daß sich infolgedessen auch die Kraft ihres Zusammenpralls steigert, wovon wieder die Höhe des dabei entstehenden Klangs abhängig ist. Immerhin ist dieser Hinweis nicht mehr als eine Vermutung, die erst durch eine genauere Untersuchung der musikalischen Sande bestätigt werden müßte. Ein dritter Mitarbeiter, der die Natur hat, musikalische Sande, die fernern Ostküste beobachtet, westlich von der Stadt Copiapo. Der Wind liegt übrigens nicht am Meere, sondern in einer Schlucht, wo der Sand vom Wind zusammengehäuft liegt. Die Umwohner nennen die Stelle den Teufelsplatz, weil unter gewissen Verhältnissen von Wind und Wetter dort ein tiefer klagender Ton zu hören ist, der an Stärke schwankt, aber zuweilen fast ein halbes Kilometer weit wahrgenommen werden kann. Die abergläubischen Eingeborenen scheuen sich infolgedessen, dem Ort nahezu kommen. Der Europäer sah sich durch diesen Aberglauben selbstverständlich nicht gebunden und befriedigte seine Neugier, konnte auch feststellen, daß der gespenstische Ton mit der Bewegung des Sandes durch den Wind zusammenhängt, wahrheitsgemäß aber sehr gefördert wurde durch das Vorhandensein alter Minenbauten, auf denen der Sand lag und über die er hinwegstrich. Ob der Boden darunter selbst hoch war, konnte nicht festgestellt werden. Das Auffallendste an der Erscheinung an diesem Platz war die Stärke der Bewegung des Sandes, die in sichtbaren Wellen erfolgte, so daß es an manchen Stellen schwer war, das Gleichgewicht zu behalten. Uebrigens hat Darwin wahrscheinlich von diesem Naturwunder, als er sich während seiner Weltreise in der Gegend von Copiapo aufhielt, bereits gehört. In seiner berühmten Beschreibung nämlich spricht er von einer Stelle, die von den Eingeborenen El-Dramador (die Klünder) genannt wird. Es wurde ihm gesagt, daß es sich um eine mit Sand bedeckte Fläche handle, auf der ein Geräusch entstehe, wenn Leute beim Aufwärtgehen den Sand in Bewegung setzen. Darwin erinnert daran, daß ähnliche Töne auch auf dem Berge Sinai zu vernehmen sind.

Astronomische Neuigkeiten. Weitere Veränderungen im Südpolargebiet des Planeten Mars hat der französische Astronom Desloges in den astronomischen Nachrichten mitgeteilt. Ende August beobachtete dieser Forscher, daß das sogenannte Kimmerische Meer in dieser Gegend des Planeten durch ein helles Band in scharfer Richtung geteilt war, während in dem Zephyria genannten Gebiet ein breiter Golf und außerdem in den nördlich angrenzenden Ebenen zahlreiche Veränderungen erkennbar waren. Die dunkeln Gebiete des Planeten, die im Juni und Juli noch auffallend klar gewesen waren, sind im folgenden Monat fast von Tag zu Tag dunkler geworden. Die am 18. August entdeckte graufarbene Region an der Ostseite der Polarlappe hat sich schnell verkleinert und scheint nach allen Richtungen einer Zerfetzung entgegenzugehen. — Der sonst hauptsächlich gleichfalls mit dem Mars beschäftigte amerikanische Astronom Lowell hat jetzt im folgenden Heft der astronomischen Nachrichten ein allgemeineres Thema behandelt. Er macht darauf aufmerksam, daß eine merkwürdige Beziehung zwischen der Umdrehungsgeschwindigkeit der Monde der einzelnen Planeten und den Geschwindigkeiten dieser selbst in ihren eigenen Bahnen besteht. Lowell hat die betreffenden Verhältnisse für die Planeten Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun und ihre Trabanten untersucht und findet einen so regelmäßigen Zusammenhang, daß er nach seiner Meinung kaum auf einem Zufall beruhen kann. Außerdem ist Lowell Anhänger der Annahme von dem Vorhandensein kleiner Wassertheilchen im Weltraum zwischen den Planeten und meint, daß der Umlauf der Monde durch sie in ihrer Geschwindigkeit verzögert werden müsse; dadurch würde außerdem eine allmähliche Annäherung der Monde an den Hauptplaneten bedingt sein. — Endlich sei noch erwähnt, daß die belgische astronomische Gesellschaft wieder eine besondere Beobachtung der August-Meteore veranstaltet hat und daß in Antwerpen zwei Beobachter nicht weniger als 492 Meteore, darunter 120 von erster Größe oder von noch stärkerer Helligkeit festgestellt haben. Der Höhepunkt des Sternschnuppenfalls wurde für den 11. August ermittelt.